

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands
sowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Kianigk, verantw. Redakteur: I. B.: Fritz Papplow,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreizehnpaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Abschluss der Tariffstreitigkeiten im Baugewerbe. — Der sechste Kongress der deutschen Gewerkschaften. — Wirtschaftliche Rundschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausschreitungen, Maßnahmen, Differenzen. — Anträge zu dem zehnten (außerordentlichen) Verbandstage in Hannover. — Delegiertenwahl zum Verbandstage. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Berichte. — Eine Demonstration. — Verband der Möblierer und Steinholzer Deutschlands. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterbeschäftigung, Submissionen etc. — Aus anderen Berufen: Generalversammlungen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Statistische Erhebungen.

Die Zweigvereinsvorstände werden erlucht, die Vorbereitungen für die in Nr. 26 des „Grundstein“ ausgedruckten statistischen Erhebungen zu treffen. Das Erhebungsmaterial wird den Zweigvereinen durch die Gauvorstände bis spätestens Donnerstag, den 23. Juli, zugestellt. Die Erhebungen selbst sind in der Zeit vom 27. Juli bis zum 1. August vorzunehmen.

Der Verbandsvorstand.

Abschluss der Tariffstreitigkeiten im Baugewerbe.

Um die mancherlei Differenzen, die aus dem Berliner Schiedsspruch in den verschiedensten Orten und Bezirken entstanden waren, endgültig zu schlichten, hat in den ersten Tagen dieses Monats wiederum eine Konferenz der beteiligten Gewerkschaftsvorstände unter dem Vorsitz der drei Unparteiischen Dr. v. Schulz, Dr. Premer und Dr. Wiepelt stattgefunden.

Von beiden Parteien, den Unternehmern sowohl wie den Arbeitern, waren der Durchführung des Schiedsspruches Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden; in den meisten Fällen wohl nicht aus Boswilligkeit, sondern aus Missverständnis. Nunmehr sind zur Erledigung aller angemeldeten Streitfragen ergänzende Schiedssprüche gefällt worden, die auf dem Verhandlungswege nicht mehr angefochten werden können. Wer sich nun nicht fügen kann, nur noch durch Gewalt zur Anerkennung und Durchführung der Schiedssprüche gezwungen werden.

In mehreren Fällen handelte es sich um die Klarstellung: Lag vor der Fällung des Berliner Schiedsspruches ein Angebot der Unternehmer auf Lohnserhöhung vor? — Ein Passus des Schiedsspruches vom 27. April dieses Jahres lautet bekanntlich: „In den Lohngebieten, wo von der zuständigen Unternehmerorganisation anlässlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohnserhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, sind diese Erhöhungen ohne Einschränkungen durchzuführen.“ Diese Bestimmung sollte auch Geltung haben für Lohnangebote, die schon zu Beginn des Jahres oder Ende 1907 gemacht, von den Arbeitern aber abgelehnt worden waren. Als später aber die Unternehmer sahen, dass andere ihrer Kollegen, die jedes Entgegenkommen verweigert hatten, in diesem Jahre laut Schiedsspruch gar nichts zugulegen brauchten, wollten auch sie zum Teil ihre Angebote als nicht gemacht ansehen. Andererseits haben Arbeitervertreter und Unternehmervertreter während der großen Verhandlungen in Berlin wieder neue, wenn auch nicht bindende Vereinbarungen getroffen, die wieder von den ersten Angeboten der Unternehmer abwichen, zum Teil

schlechter waren. Für noch andere Orte sollte nachträglich das Lohnangebot der Unternehmer nur unter bestimmten Voraussetzungen gemacht worden sein oder wegen angeblicher Druckfehler korrigiert werden. Und schließlich gibt es Orte, wo sich teils die Arbeiter, teils die Unternehmer überhaupt weigern, Vertragsmuster und Schiedsspruch anzuerkennen, obwohl beide Parteien den beteiligten Organisationen angehören und auch an der Bewegung beteiligt waren.

Das Schiedsgericht hat entschieden, dass die Angebote, soweit sie im Zusammenhang mit der diesjährigen Bewegung stehen, aufrecht erhalten sind, auch wenn sie nur von Beauftragten der Unternehmer gemacht worden sind (Emden, Jena, Schweinfurt). Spätere Abmachungen zwischen den Vertretern beider Parteien während der Berliner Verhandlungen fehlen die ersten Angebote außer Kraft (Göttingen). Nicht anerkannt wurde ein Angebot für Pirna, da es von dem Vorsitzenden der Unternehmerorganisation ausdrücklich, vorbehaltlich der Genehmigung deren Hauptversammlung — die es aber ablehnte — gemacht worden ist. Ein noch früheres Angebot fand, weil nicht mit der Bewegung im Zusammenhang stehend, ebenfalls nicht die Anerkennung des Schiedsgerichts.

Infolge „Druckfehler“ bekommen die Kollegen in den Bezirken Herne und Witten-Castrop-Rütge dort und 55 J. Stundenlohn, während der Unternehmerverband nur 53 J. bzw. 52 J. anerkennen wollte. Ein früherer Schiedsspruch in Essen hatte für Herne 55 J. und für Witten u. 53 J. festgesetzt. Die Arbeitervertreter konnten dem Schiedsgericht aber neue Beweise bringen, dass es sich in bezug auf das tatsächliche Angebot der Unternehmer für Witten getrr habe. Daraufhin hat das Schiedsgericht seinen ersten Spruch umgestoßen und trotz dem Proteste der Unternehmervertreter gegen die Lohnhöhe beider Bezirke am 26. Juni den Spruch für Herne bestätigt und für Witten u. 55 J. erhöht. Hiergegen hatte der rheinisch-westfälische Unternehmerverband einen geharnischten Protest an das Berliner Schiedsgericht gerichtet, der jedoch durch folgenden Spruch abgewiesen worden ist:

„Der Antrag auf Zulassung der Berufung gegen den in Essen gefällten Schiedsspruch vom 26. Juni 1908, wird als unzulässig zurückgewiesen, da gemäß § 5 des Schiedsspruches die Entscheidung des lokalen Schiedsgerichts endgültig ist. Außerdem hat der Schiedsspruch für die Parteien nach § 1040 der Zivilprozessordnung die Wirkung eines rechtskräftigen gerichtlichen Urteils. Auch hieraus folgt, dass eine Berufung gegen diesen Spruch nicht möglich ist.“

Die Vereinbarungen für Mecklenburg sind durch den Schiedsspruch wie folgt ergänzt und ausgelegt worden: „Es ist festgestellt, dass bei den Verhandlungen in Berlin die Frage des Randgelbes wenigstens für einzelne Städte mit der Frage der Lohnserhöhung gemeinschaftlich verhandelt und teilweise vereinbart worden ist. Demgemäß fallen Randgeld und Entschädigung für Arbeitszeiten unter die Lohnbedingungen im Sinne des Schiedsspruches Ziffer 1. — Ergibt sich nun für eine Stadt, dass unter Zusammenrechnung aller Lohnbezüge keine Verschlechterung des bisherigen Gesamtlohnes eintritt, so wird nicht gegen Ziffer 1 des Schiedsspruches verstoßen. Daraus ergibt sich auch, dass der ordnungsmäßig gefällte R o f t o r Schiedsspruch vom 16. Mai 1908 bedingungslos sofort durchzuführen ist. Nach dem Sinne des Schiedsspruches, wie er in den Gründen niedergelegt ist, soll das Einkommen des Arbeiters durch die Vertragsfestsetzungen auf der gleichen materiellen Höhe hinsichtlich seiner Kaufkraft gehalten werden. Demzufolge muß bei Verkürzung der Arbeitszeit durch entsprechende Lohnserhöhung ein solcher Ausgleich herbeigeführt werden, dass das gleiche Einkommen erreicht wird. Da es sich bei derartigen Tarifverträgen über wirtschaftliche Festsetzungen handelt, so sind nicht die politischen

Diffritte, sondern die wirtschaftlichen Interessengebiete als Einheiten zu Grunde zu legen, zumal, da beide Parteien sich hiermit einverstanden erklärt haben.“

Schließlich sei noch der Schiedsspruch erwähnt, der sich gegen die Unterorganisationen wendet, die das Vertragsmuster und den Generalschiedsspruch nicht anerkennen wollen: „Der Schiedsspruch vom 27. April 1908 setzt das Vertragsmuster vom 26. März als beiderseits anerkannt voraus. Nachdem der Schiedsspruch vom 27. April von den Zentralorganisationen innerhalb der gestellten Frist ordnungsmäßig anerkannt worden ist, haben sich die untergeordneten Organisationen selbstverständlich bedingungslos zu fügen. Außerdem fehlt dem gegenwärtigen Schiedsspruch jede Möglichkeit, an dem anerkannten Schiedsspruch irgend etwas zu ändern.“

Einige Differenzen untergeordneter Natur sind noch durch lokale Schiedsgerichte zu schlichten. Alle Verträge sollen im Laufe dieses Monats ausgefertigt und am 1. August in Berlin von den Zentralvorständen beider Parteien unterzeichnet werden.

Ueber einige andere sehr brennende Differenzen — Königsberger Aussperrung, tarifintreue Wanderunternehmer, Arbeitsnachweise — konnte noch keine Entscheidung herbeigeführt werden. Aufgehoben ist jedoch nicht aufgehoben. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen werden nicht ruhen, bis auch diese Dinge geregelt sind. Hoffentlich kommen auch die maßgebenden Personen im Unternehmerbund baldigst zu der Einsicht, daß sie zur Beseitigung der von uns wiederholt mitgeteilten und gerügten Mißstände energisch eingreifen müssen. Andernfalls müßten die Arbeiter zur Ueberzeugung kommen, daß es Absicht der Unternehmerverbände ist, den Tarifvertrag an allen Ecken und Enden zu umgehen und für die Arbeiter illusorisch zu machen.

Der sechste Kongress der deutschen Gewerkschaften.

(Auszüge aus den Referaten und Resolutionen.)

I.

Auf dem Kongress waren sämtliche Zentralverbände mit 1888 172 Mitgliedern durch 324 Delegierte vertreten. Die Vertretung der einzelnen Verbände war sehr ungleich: Bauarbeiter 12 Delegierte, Bergarbeiter 12, Brauer 10, Buchdrucker 7, Fabrikarbeiter 16, Hafenarbeiter 4, Holzarbeiter 19, Maler 7, Maurer 17, Metallarbeiter 41, Schneider 18, Schuhmacher 11, Steinarbeiter 4, Stukkateure 3, Tabakarbeiter 10, Textilarbeiter 17, Zöpfer 4, Transportarbeiter 18 und Zimmerer 12 Delegierte. Die Mitglieder der Generalkommission waren alle erschienen; unter den Gästen waren Vertreter der Gewerkschaften Österreichs, Ungarns, Dänemarks und der Schweiz. Außerdem waren Genosse Heintz von der Generalkommission für Bauarbeiter, Genosse Molkenbude als Referent und mehrere Vertreter und Vertreterinnen von Kartellen und Frauenorganisationen anwesend.

Nach Begrüßungsreden von Regien im Namen der Generalkommission und Grosse im Namen des Hamburger Gewerkschaftskartells konstituierte sich der Kongress. Zu Vorstehenden wurden Regien und Bismarck gewählt. Die Tagesordnung wurde nach Berücksichtigung verschiedener Anträge und Vorschläge so festgesetzt:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.).
 2. Rechnungsbildung der Generalkommission.
- Beiderseits: C. Regien - Berlin.
- Beratung der Anträge betreffend:
- a) Allgemeine Agitation;
 - b) Arbeiterinnensekretariat.
 - c) Arbeiterkaterin J. A. Mann - Berlin;
 - d) Agitation unter den Dienstboten.
 - e) Arbeiterkaterin S. Grünberg - Nürnberg;
 - f) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern;
 - g) Streikunterstützung und Streikstatistik;
 - h) Heimarbeiterschutz;
 - i) Kommission zur Beseitigung des Rost- und Logiszwanges beim Arbeiter.
 - j) Arbeiterkaterin B. Lum - Berlin;
 - k) „Correspondenzblatt“;
 - l) Waifeler.

3. Zentralarbeitssekretariat.

a) Bericht über die Tätigkeit.

Berichterstatter M. Schmidt-Berlin;
b) Die Vertretung der Beschäftigten durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten.

Berichterstatter Fr. Lefsché-Hamburg.

4. Grenzstreitigkeiten.

Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Referent G. Mollenhuth-Berlin.

6. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten. Referent R. Lange-Hamburg.

7. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung. Referent G. Bösch-Berlin.

8. Der Wohlfahrt als gewerkschaftliches Kampfmittel. Referent O. Mann-Hamburg.

9. Die Organisation zur Erziehung der Jugend. Referent M. Schmidt-Berlin.

10. Beratung der nicht unter den bestehenden Punkten erledigten Anträge.

Bei dem zweiten Punkt, Bericht der General-Kommission, ergänzte Legien den schon im Druck erschienenen Bericht, aus dem auch wir schon das Wichtigste mitgeteilt haben. Nach einer Vorlegung des Verhältnisses mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine protestierte Legien gegen das Verfahren des preussischen Ministers des Innern, der Einrichtungen getroffen hat, die dazu dienen sollen, unsere ausländischen Arbeiter zu Rohmaterial des Kapitals in Deutschland zu machen. Der Minister hat auf Drängen insbesondere aus agrarischen Kreisen eine Verfügung erlassen, wonach ausländische Arbeiter mit einer Legitimationskarte versehen werden müssen. In dem Erlaß heißt es: „Da die Arbeiter-legitimationskarte nicht einen bestimmten Arbeitgeber angeht, so kann der Arbeiter die Arbeitsstätte nur wechseln, wenn die Ortspolizeibehörde die Karte auf den neuen Arbeitgeber umgeschrieben wird. Also der Arbeiter, der an einer Stelle anfangen will, bekommt nicht eher eine neue Legitimationskarte, als bis er einen anderen Arbeitgeber hat, auf den die Polizei die Karte umschreibt. Die Folge davon ist, daß kein ausländischer Arbeiter wegen dort, gegen Verbots durch sonstige Maßnahmen der Unternehmer zu protestieren. Der Unternehmer entläßt ihn, und damit ist er aus Deutschland ausgewiesen. Wir haben über diese Rechtsmaßnahme der ausländischen Arbeiter gleichfalls bereits früher berichtet. Möge dieser Protest an jener wichtiger Stelle die wünschenswerte Beachtung finden!

Aus dem von Kube erstattetenassenbericht ist zu entnehmen, daß der in Düsseldorf verlorene Kaufmann Biel der General-Kommission 15 000 lekamantarijch ver-macht hat, ein Zeichen, daß die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften auch außerhalb der Arbeiterkreise Verständnis und Sympathie findet. Somit liegt Kube über die vielen Anträge auf Unterstützung, die nach Lage der Sache nicht hätten erfüllt werden können. In 254 Anträgen sind nicht weniger als 1 870 000 gefordert worden, ungeachtet 134 Anträge, in denen eine bestimmte Summe nicht gefordert wurde.

Hierauf erstattete Genossin Mann den Bericht über das Arbeiterinnensekretariat. Das Sekretariat hat sehr viel Anregung gegeben, um die Massen der Arbeiterinnen aufzuräumen und aufzuklären über ihre Klassenlage. Offensichtlich begn. Mitglieder- und Betriebsver-sammlungen, die teils auf direktes Betreiben des Sekretariats oder sonst tatkräftig unterstützt wurden, haben 563 stattgefunden. Wohl an 32 000 Mitglieder sind den in Betracht kommenden Verbänden, besonders dem Textil-arbeiterverband, durch diese Agitationsversammlungen zu gute gekommen; daß dabei auch andere Faktoren mit-gewirkt hätten, sei selbstverständlich. Die Organisierung der Arbeiterinnen sei nötig, da sie in immer größerer Zahl als Konkurrenzinnen der Männer in die Fabriken einziehen. 1897 betrug die Zahl der über 16 Jahre alten weiblichen Arbeiter in der Industrie 732 906, im Jahre 1906 dagegen 1 095 899. Das ist eine Zunahme von 50 pSt. Die Zahl der gewerkschaftlichen weiblichen Mit-glieder ist im gleichen Zeitraum bedeutend höher gestiegen. 1897 zählten wir deren 14 644, 1906 dagegen 118 908. Von allen in der Industrie beschäftigten weiblichen Ar-beitern über 16 Jahre sind jetzt 11 pSt. organisiert; die Organisationsfähigkeit der Frauen ist damit aber be-wiesen. Die Männer sollten nur daran gehen, die Frauen, diese „geistig Schwachen“, überall zur Mitarbeit heran-zuziehen, sie in die Verbände und Körperschaften und als Delegierte zu wählen. Auch zu den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen müssen die Frauen herangezogen wer-den. Die Flugblätter und Broschüren, die die Frauen-agitation müssen in schlichten, klaren Worten geschrieben sein und in handlicher Form herausgegeben werden. Ver-mögen die Gegner ihre Kräfte nicht an die Frau zu brin-gen, müssen wir es auch können. Jeder müsse seine Schuldigkeit tun, um die Frauen als Mitstreiterinnen zu gewinnen, dann würden wir unser Ziel um so eher er-reichen.

Dem folgte das ungemein lehrreiche Referat der Genossin Grünberg über die Organisation der Dienstboten. Die von ihr vorgelegte und vom Kongreß an-genommene Resolution lautet:

„In Anbetracht der hohen Zahl Erwerbender, die als Dienende der Gebührenden unterstellt sind und sich ihren Lebensunterhalt bei unbegrenzter Arbeitszeit, schlechter Ent-lohnung und unter den misslichsten Verhältnissen erwerben müssen, erachtet es der höchste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands als Pflicht, die General-Kommission zu beauftragen, der jungen Dienstbotenbewegung ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. Die General-Kommission wird beauftragt, eine Dienstbotenkonferenz einzuberufen, um über einheitliche Agitation zur Besserung der sozialen Lage dieser Arbeiter-kategorie zu beraten.“

Die General-Kommission wird ferner beauftragt, die ein-gehen Karteile auf die Notwendigkeit der Organisation der Dienstboten aufmerksam zu machen und dort, wo noch kein Dienstbotenverein besteht, die Karteile zu veranlassen, wenn-tragend möglich, zur Gründung von Dienstbotenvereinen zu-schreiten. Durch eine starke Organisation der Dienenden können diese selbst an der Verbesserung ihrer sozialen Lage mitarbeiten und werden dadurch auch der gesamten Arbeiter-bebewegung mehr Verständnis entgegenbringen. Der Kongreß

erachtet es als dringende Notwendigkeit, daß die Gesin-de-ordnungen und die Dienstboten besichtigt werden und volle Koalitionsfreiheit für Dienstboten wie für sämtliche Arbeiter eingeführt werde, wie auch, daß die Dienenden der Gewerbe-ordnung unterstellt werden und die Ausdehnung der Ver-sicherungsgesetze auf sie erfolge.“

Dann beschloß sich der Kongreß mit der Frage der Streikunterstützung, wobei der Lithograph Eilmer einen Antrag auf Schaffung eines Streikstreifens be-gründete. Für diesen Antrag war auf dem Kongreß wenig Stimmung vorhanden, doch soll sich die Vorstandskonferenz noch einmal damit beschäftigen.

Zum Heimarbeiter-schutz wurde beschlossen, den diesbezüglichen Beschluß des Kölner Kongresses, wonach die Gewerkschaftsmitglieder verpflichtet sind, ihre heimararbeitenden Frauen und Kinder der Organisation zuzuführen, den Karteilen noch einmal durch ein Minisreiben in Erinnerung zu bringen. „Als Prinzipienklärung nahm der Kongreß folgende Resolution des Referenten Satbath an:

„Die Heimarbeit ist diejenige Produktionsform, der in-folge ihrer Rückständigkeit die schlimmste Ausbeutung mensch-licher Arbeitskraft ermöglicht.“

Die Heimarbeit isoliert die Arbeiter und Arbeiterinnen, erschwert deren Organisation und macht sie daher unfähig, sich eigener Kraft gegen diese Ausbeutung zu wehren.

Da es nun aber nicht allein im Interesse der Heimarbeiter und -arbeiterinnen selbst, sondern im Interesse des Gemein-wohls liegt, daß dieser durch die Heimarbeit begünstigten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft Einhalt geboten wird, erachtet der höchste deutsche Gewerkschaftskongreß einen aus-reichenden gesetzlichen Schutz der Heimarbeiter für eine dringende Notwendigkeit.

Als das Mindestmaß dessen, was zum Schutze der Heimar-beiter zu geschehen hat, hält der Kongreß die Durchführung der vom ersten Heimarbeiterkongreß zu Berlin im Jahre 1904 aufgestellten Forderungen für erforderlich.

Daß die Vermittlung dieser Forderungen eine zwingende Notwendigkeit ist, hat die im Jahre 1906 in Berlin statt-gefundene Ausstellung von Ergebnissen der Heimarbeit zur Evidenz bewiesen.

Nach dieser Ausstellung, die das Elend in der Heim-industrie in seiner ganzen Größe und erschreckenden Tiefe gezeigt und das öffentliche Gewissen aufgeschreckt hat, hätte man erwarten dürfen, daß die Reichsregierung den Wünschen und Forderungen der Heimarbeiter und -arbeiterinnen ein größeres Maß von Entgegenkommen gezeigt hätte, als in dem Entwurf zum Titel VII a der Gewerbeordnung geschehen ist.

Dieser Entwurf erfüllt weder die Wünsche und Forder-ungen der Heimarbeiter, noch die Verpfändungen, die selbst Regierungsdirektoren in Bezug auf gesetzlichen Schutz gemacht haben. Er ist nicht nur eine Halbheit — er verdient auch nicht einmal den Namen eines Heimarbeiter-schutzes. Die ganze Tendenz dieses Entwurfs scheint vielmehr darauf ge-richtet zu sein, die Schaffung eines wirklichen rechtsgewissen Schutzes in unachsende fern zu rücken, weil die Initiative zum Erlaß von Schutzbestimmungen in die Hände der Polizei-behörden gelegt werden soll. Diese aber müssen nicht, sondern sie können nur Schutzbestimmungen für Heimarbeiter erlassen; es wird also von ihrem guten Willen und sozialer Einsicht abhängen, ob solche erlassen werden oder nicht.

Da die Arbeiter-schutz erfahrungsgemäß seine Ursache hat, der sozialen Einsicht der Polizeibehörden zu vertrauen, steht der Kongreß nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein wirklicher Heimarbeiter-schutz nur durch Reichsgesetz mit zwingender Kraft geschaffen werden kann.

Diesen rechtsgewissen Heimarbeiter-schutz hält der Kongreß nur dann für gegeben, wenn der Reichstag und Bundesrat den von der sozialdemokratischen Fraktion aus-gearbeiteten Gesetzentwurf annimmt, der aufgebaut ist auf den Wünschen und Forderungen, die der Heimarbeiter-schutz-kongreß an die Gesetzgebung erhoben hat und der unter Mit-wirkung der organisierten Arbeiter-schaft zu Stande gekommen ist.

Der Kongreß spricht deshalb die Erwartung aus, daß bei der kommenden Beratung der Gewerbeordnung, der gesetz-liche Heimarbeiter-schutz von Reichstag und Bundesrat im Sinne des Entwurfs der sozialdemokratischen Fraktion, der den Willen der organisierten Arbeiter-schaft zum Ausdruck bringt, gestaltet wird.

Daß mit dem Kost- und Logizwang verbundene Elend schilberte der Referent über diesen Punkt, Genosse Blum, dessen Resolution angenommen wurde. Der Kongreß fordert darin, die rechtsgewisse Regelung dieser Sache. Die dies-bezüglichen Stellen in der Resolution lauten:

„Der Kongreß fordert die völlige Aufhebung des zweiten Absatzes des § 115 der Gewerbeordnung, so daß in Zukunft die Arbeitgeber verpflichtet sind, die Löhne ihrer Arbeiter nur in Reichsmark zu berechnen und in bar auszuzahlen.“

Bis eine gesetzliche Regelung dieser Materie erfolgt ist, fordert der Kongreß, daß die Regierungen geeignete Maß-nahmen ergreifen, um die Auswüchse dieses Systems nach Möglichkeit einzudämmen. Insbesondere sind die Gemein-de-verwaltungen anzuweisen, durch eine gesunde Wohnungs-reform und die Einführung einer geregelten Kontrolle dieser Schlaf-räume, den Gefahren vorzubeugen, denen die be-treffenden Arbeiter und zum großen Teil auch das kon-sumierende Publikum ausgesetzt sind. Die sofortige Aus-dehnung der jetzt schon bestehenden behördlichen Vorschriften für das Wohnungswesen auf die Schlaf-räume der beim Arbeitgeber wohnenden Arbeiter erklärt der Kongreß für eine dringende Notwendigkeit.“

Der vorwiegend sozialpolitische Charakter des Kongresses trat besonders in den Referaten von Robert Schmidt, Lefsché und Mollenhuth hervor. Schmidt erstattete den Bericht über das Zentralarbeitssekretariat. Er sprach für Einrichtung von Unterrichtskursen für die Arbeiter-sekretäre und gliederte recht treffend die plötzlich erwachte Lust der preussischen Regierung, den Arbeitern unentgeltlichen Rechts-schutz und Auskunft zu erteilen. Weiter wies er den Arbeiter-sekretariaten die Aufgabe zu, die Lebensbedingungen bestimmter Arbeiterkategorien zu erforschen. Leider habe man gerade mit den Landarbeitern zu wenig Fühlung, denen sozial-politischer Rat und Schutz am meisten not tue. Sein Referat wird von vielen Kollegen, die sich der Agitation widmen, mit großem Nutzen nachgesehen sein.

Von ähnlicher Art war Leisches Referat über die Ver-tretung der Beschäftigten durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten. Je mehr die gewerkschaft-

liche Organisation Boden faßt, um so größer wird das Rechts-schutzbedürfnis, das die Arbeiter-sekretäre zu befriedigen be-dacht sein müssen. Die schriftliche Rechtshilfe genüge nicht immer, man müsse auch den persönlichen Beistand mehr ge-währen. Dieser wird um so nötiger, da die Stellung der Regierung zur Sozialpolitik heute viel kritischer ist als früher. Man ist heute mehr als früher geneigt, zu Unmünsten der rechtshelfenden Verscherten zu entscheiden. Die Gewährung des persönlichen Beistandes wird aber sehr erschwert durch die von vielen Gerichten geübte Zurückweisung der Arbeiter-bezw. Gewerkschaftssekretäre. In welchem Maße das geschieht, geht aus dem Ergebnis einer Umfrage hervor, die Genosse Leische veranstaltet hat. Es liegen 81 Antworten vor. Danach erfolgt die Zulassung bei 58 Schiedsgerichten, und zwar generell bei 48; von Fall zu Fall wird über die Zulassung bei 10 Schiedsgerichten entschieden. Ueber Nichtzulassung berichten 8 Sekretariate, nämlich Aachen, Dortmund, Essen, Hochheide, Königsberg und Stettin. Der Königsberger Ver-treter hatte gleich nach Abendung des Fragebogens folgenden Brief erhalten: „Nach einer Mitteilung des Herrn Präsidenten des königlichen Landgerichts zu Königsberg gehören Sie nicht zu den Personen, welchen das mindliche Vernehmen vor Gericht durch eine teils der Zuständigkeitsverteilung geöffneter Anordnung gestattet ist. Gemäß § 10 b, 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 22. November 1900 kann ich Ihnen daher das Vernehmen vor dem Schiedsgericht in Zukunft nicht mehr gestatten. Gez. Altmörs. Regierungsrat.“ Bei den Gewerkschaften liegt die Sache noch schlimmer. Von den 81 Antworten erklärten 53, daß die Zulassung erfolgt und zwar 27 ohne weitere Umsätze, 26 von Fall zu Fall und zwar nur ausnahmsweise, sie dürfen nicht zu oft kommen. Ueber Nichtzulassung berichten 18: Aachen, Altona, Alten-burg, Braunschweig, Bielefeld, Cottbus, Forst i. d. L., Rattowitz, Königsberg, Lützenwalde, Magdeburg, Oberhausen, Offen-bach, Osnabrück, Ploß, Siegen, Stettin, Straßburg und Worms. Bremen nur für auswärtige Vertretung über-nommen 46 Sekretariate. Bei den Kaufmannsgerichten liegt es ebenso wie bei den Gewerkschaften. Die Zulassung erfolgt bei 27 von den Gerichten, generell bei 21, von Fall zu Fall 16. Die Nichtzulassung erfolgt, ebenso wie bei den Gewerkschaften. Vertretungen übernehmen 31. Bei den Amtsgerichten erfolgt die Zulassung bei 58 und zwar generell bei 40, von Fall zu Fall bei 18. Die Nicht-zulassung erfolgt in 8 Fällen, nämlich in Bayreuth, Dort-mund, Dresden, Forst i. d. L., Hochheide, Oberhausen, Stettin und Straßburg. Vertretungen übernehmen 45. Wesentlich wird auch über die Vertretung bei den Verwaltungs- und Verwaltungsbehörden berichtet. Ueber Vertretung bei Verwaltungsbehörden wird nicht berichtet. Es kommen auch Ver-tretungen bei Innungsschiedsgerichten usw. in Betracht. Die folgende von Leische beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Nach den Bestimmungen des § 10 Abs. 2 der Ver-ordnung, betreffend das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiter- und Gewerkschaften, des § 31 des Gewerbegerichts-gesetzes — der auch für das Verfahren vor den Kauf-mannsgerichten gilt — und des § 157 der Zivilprozeß-ordnung sind die Gerichte befugt, Bevollmächtigte, die das Vernehmen vor den Gerichten geschäftsmäßig betreiben, zurückzuweisen. Diese Bestimmung wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von den in Betracht kommenden Gerichten dazu benutzt, Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre als Vertreter Beschäftigter in der mindlichen Ver-handlung nicht oder nur ausnahmsweise zuzulassen.“

In der Erwägung:

„daß dem auf dem Gebiete der Unfallversicherung von Jahr zu Jahr stärker hervortretenden Bestreben der Berufs-genossenschaften, die Renten der durch Unfall Ver-letten immer mehr herabzudrücken, sie ihnen zu-entziehen, schon in der ersten Spruchinstanz — dem Schiedsgericht für Arbeiter- und Gewerkschaften — wirksam ent-gegengegangen werden muß;

„daß nach den Bestimmungen des Invaliden-versicherungsgesetzes die Schiedsgerichte für Arbeiter- und Gewerkschaften die einzige Spruchinstanz zur Würdigung der Unter-lagen für die Gewährung der Invaliden- bezn. Alters-renten bilden;

„daß bei den Streitigkeiten aus der Kranken-versicherung eine Vertretung der Verscherten vor den Amts- bzw. Verwaltungsgerichten in Rücksicht auf die Kompli-ziertheit des in Betracht kommenden materiellen und for-malen Rechtes geradezu geboten erscheint;

„daß von den Entscheidungen der Gewerbe- und Kauf-mannsgerichte viele das dem Arbeiterrecht zu grunde liegende soziale Empfinden völlig vermissen lassen und weil die Arbeiterklasse um die Anerkennung und Durch-setzung eines vom sozialen Geiste getragenen Arbeiter-rechts noch täglich kämpfen muß;

„daß wir in Deutschland noch einer einheitlichen Regelung des Geniederechts ermangeln, und die auf diesem Gebiete herrschende Rückständigkeit, sowohl hin-sichtlich der gesetzlichen Vorschriften — Preussens älteste Geniedereordnung stammt aus dem Jahre 1792 — wie auch hinsichtlich der Auffassung der Sachlage, ebenfalls eine sachdienliche Vertretung vor den in Betracht kommen-den Gerichten notwendig macht;

„daß die in Frage kommenden Beschäftigten fast durchweg weder Zeit, Mittel noch Vorbildung genügend besitzen, um auf allen diesen Gebieten ihre Interessen hinreichend wahr zu können, während die Berufs-genossenschaften, Versicherungsanstalten, Krankenkassen, Dienstverhältnisse und so weiter in der Lage sind, ihre Interessen durch juristisch vorgebildete Vertreter wahr-zunehmen zu lassen, und die Bestimmung im Gewerbe-gerichtsgesetz, wonach Rechts-anwälte von der Vertretung der Parteien ausgeschlossen sind, für die Arbeiter dadurch an Bedeutung verliert, daß die Arbeitgeber resp. deren Geschäfts-führer durch Vorbildung und öfteres Vernehmen vor den Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichten gegenüber den Arbeitern hinsichtlich der Kenntnis des formalen Rechtes ohnedies im Vorteil sind,

fordert der Kongreß von den gesetzgebenden Körperschaften die Vorlegung und Verabschiedung eines Gesetzes, nach dessen Bestimmungen die Arbeiter- und Gewerkschafts-sekretäre, unbeschadet der eingangs aufgeführten Bestim-mungen, zur Vertretung Beschäftigter bei den Gerichten zugelassen werden müssen.“

Das Referat Moltenbühns war eine Glanzleistung in seiner Art. Schon die Einleitung, die den Zusammenhang von Gewerkschaftsarbeit und Sozialpolitik behandelte, zeigte an, daß es der Referent verstand, alles Ganze zu sehen, nämlich eine klare Würdigung der Bedeutung der Sozialpolitik für unsere Zeit mit ihren schroffen Gegensätzen und Kämpfen zu geben. Fesselnd war auch der geschichtliche Rückblick über die soziale Gesetzgebung in Deutschland, und wenn sich unsere Kollegen über dies weitläufige Thema gründlich unterrichten wollen, so können sie es nicht besser tun, als durch ein eifriges Studium des Moltenbühnschen Vortrages. So verlockend es ist, aus dem Referat Auszüge zu geben, so wollen wir es doch unterlassen, weil man doch mit der Wiedergabe eines kleinen Teils nicht viel bezweckt. Für die Diskussion unserer Forderungen auf diesem Gebiet wird die vom Referenten vorgelegte Resolution eine große Rolle spielen. Sie lautet:

Durch die technische und kapitalistische Entwicklung wird die Produktivität der Arbeit gesteigert. Um alle Vorteile der Entwicklung auszunutzen zu können, vereinigen sich die Unternehmer in Kartellen, Arbeitgeberverbänden und ähnlichen Organisationen. Die Unternehmerverbände sind Machtfaktoren im wirtschaftlichen und politischen Leben, die den Kapitalprofit steigern, den politischen Einfluß der Unternehmer heben, aber die Arbeiter oft zu modernen Leibeigenen des Kapitals herabdrücken.

Die Abhängigkeit der Arbeiter vom einzelnen Unternehmer wird gesteigert durch Mietverträge bei Ueberlassung von Wohnungen, durch Pensionstafeln und andere sogenannte Wohlfahrtsbeirichtungen, die aus den für Arbeitslohn bestimmten Summen unterhalten werden. Die Staatsbürgerliche Rechte der Arbeiter, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw. werden beschränkt und oft völlig vernichtet durch Verträge der in Unternehmerverbänden organisierten Kapitalisten.

Der große Einfluß der Unternehmerverbände (Zentralverband deutscher Industrieller usw.) auf Gesetzgebung und Verwaltung wird ausgenutzt, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter zu steigern. Jedes Gesetz sucht der Zentralverband so zu formen, wie es dem Ausbeuterinteresse entspricht.

Dem Beispiel der Unternehmerverbände müssen die organisierten Arbeiter folgen und alle Gesetzesvorlagen darauf prüfen, wie sie für die Arbeiter im allgemeinen und für die einzelnen Berufe im besonderen wirken. Alle Bedenken gegen ganze Gesetze oder einzelne Teile von Gesetzen, sowie Verbesserungsvorschläge der Arbeiter müssen in Resolutionen zusammengefaßt und den gesetzgebenden Körperschaften zur Kenntnisnahme unterbreitet werden.

Um bestehende Mißstände zu beseitigen und die Entstehung neuer Mißstände zu verhindern, fordert der Gewerkschaftskongreß für alle Personen, die für Lohn oder Gehalt körperliche oder geistige Arbeitskraft in Dienste anderer stellen, ein einheitliches Arbeiterrecht, wodurch das Vertragsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer so geregelt wird, daß die Arbeiter vor Ueberforderungen geschützt und die Staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter sichergestellt sind; ferner fordert der Gewerkschaftskongreß den Erlass von Gesetzen und Verordnungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter und Einrichtungen, die den Arbeiter vor Verfall in Pauperismus soweit bewahren, als es in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist.

Zusätzliche Forderungen des Kongresses:

- I. Zur Sicherung der Rechtsverhältnisse:
 1. Arbeiterkammern;
 2. volle Koalitionsfreiheit für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen;
 3. zwingendes Recht für alle zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetzesbestimmungen, damit sie nicht durch Verträge aufgehoben werden können;
 4. eine gesetzliche Grundlage für kollektive Arbeitsverträge (Tarifverträge);
 5. Verbot des Streiksystems in allen Formen.
- II. Zum Schutze von Leben und Gesundheit:
 1. Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstages;
 2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
 3. Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Arbeiten, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt des Nachts getan werden müssen;
 4. eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in der Woche für jeden Arbeiter;
 5. durchgreifende gewerbliche Hygiene; Erlass von wirksamen Krankheitsversicherungsordnungen;
 6. Unfallversicherung; unter Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle.

III. Zur Bewahrung vor Verfall in Pauperismus;

Bereinstimmung und Ausdehnung der Arbeiterversicherung unter der Selbstverwaltung der Versicherten.

- a) Entschädigungsbeträge bei den bestehenden Versicherungsvereinen in der Höhe, daß die Kranken, Verunglückten, und Invaliden vor Not geschützt sind;
- b) Schaffung einer Mutterkassenversicherung;
- c) Schaffung einer Arbeitslosenversicherung;
- d) Witwen- und Waisenversorgung.

Wirtschaftliche Rundschau.

Kapitalvermehrungen — Arbeitsmarkt — Güterverkehr — Eisenproduktion — Kohlenverwertung — Syndikate und Abnehmer.

Depressionsperioden wiederholen sich zwar, aber sie tun das niemals in genau der gleichen Weise. Neue wirkende Kräfte sind im Innern jedes einzelnen Landes entstanden; in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ergeben sich immer neue Zusammenhänge und gegenseitige Abhängigkeiten. Trotz gewisser bleibender Grundzüge sind deshalb die Einzelheiten in eifrigem Fluße.

Eine früher weniger bekannte und auf den ersten Blick übersehene Tatsache ist diesmal, mitten in der Flaute und Krisis, die starke Kapitalvermehrung, die eine ganze Reihe großer Unternehmungen vor-

nehmen und erstreben. Krupp, dessen Aktienkapital erst im Dezember 1906 von 160 auf 180 Millionen Mark erhöht wurde, kommt heute mit einer neuen vierprozentigen Anleihe im Betrage von 50 Millionen Mark heraus, wovon allerdings nur 20 Millionen im Augenblick flüssig gemacht werden sollen. Die Elektrizitätsgesellschaft Schuchert & Co. in Berlin legt eine 15 Millionen-Anleihe, mit 4½ pzt. verzinsbar, auf. Die Aktiengesellschaft Julius Pintsch-Berlin, mit Zweigniederlassungen in Krefeld, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Breslau, Dresden, Utrecht — hauptsächlich Maschinen, Gasapparate und Glühlampen fabrizierend — steigert ihr Aktienkapital um 18 Millionen Mark, ihre Anleihe um 6½ Millionen Mark, gleichfalls mit 4½ pzt. verzinsbar. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft fundierte die Ausgabe von 15 Millionen Mark 4½prozentige Obligationen an. Die Generalversammlung von Siemens & Halske genehmigte die Kapitalerhöhung um 8½ Mill. Mark. Was nicht wenige Bergbauergesellschaften gehen in ähnlicher, obwohl bescheidenere Weise vor: Wenn wir zeitlich weiter rüchwärts gehen wollten, so würde die Riste zu verblühender Länge anwachsen, obwohl sie selbstverständlich hinter der Zeit des höchsten Aufschwunges zurückbleibt.

Im Grunde sind diese Vorgänge jedoch gar nicht so unerklärlich. Das freierwerbende, anlagestrebende Kapital war auf der höchsten Stufe der Prosperität verhältnismäßig so knapp, die verlangte Anleiheverzinsung verhältnismäßig so hoch, daß man eine Menge damals eigentlich fälliger Wünsche nach Kapitalheranziehung wohl oder übel zurückstellen mußte. Man hielt also vielfach fest, in der Periode des Drucks, nach, was man sich damals, in der Periode des Aufschwunges, versagen mußte. Daher liegt der scheinbare seltsame Widerspruch zwischen der Höhe in der Produktion und der noch immer anhaltenden Flut im Kapitalmarkt großer Produktionsunternehmungen. Andererseits wird man jedoch daraus schließen können, daß die Reiter mindestens dieser in Frage kommenden Betriebe mit ziemlichem Vertrauen in die Zukunft blieben und an eine verzweifelte allgemeine Lage nicht glauben.

Rechter scheint auch durch den Maibericht vom Arbeitsmarkt bestätigt zu werden, so vorzüglich man natürlich die Zusammenstellungen des „Reichsarbeitsblattes“ benutzen muß, da sie niemals alle Einzelverzweigungen der Berufe und Gewerbe erschöpfend umfassen können. Als gut bezeichnet das „Reichsarbeitsblatt“ im Monat Mai die Beschäftigung in der elektrischen und chemischen Industrie, im Automobil- und Eisenbahnbau, im Kohlenbergbau, in dem sich der Rückgang der in den letzten Monaten zum Teil eingetreten war, nicht weiter geltend machte. Zwar ruhig, aber doch überwiegend ausbreitend wird die Tätigkeit im Allgemeinen und Spezialmaschinenbau genannt. Sehr erheblich hinter dem Vorjahre bleibe die Buntglasindustrie, dann auf dem Gebiete der Metallindustrie die Schmiedewerke und die Kleinereisenwerke; ferner leide die Textilindustrie. Nicht ungünstig liegt bei den berichtigten Branchen der Kranbau, die Mitgliederzunahme von 1. Mai auf den 1. Juni aus (mehr 4747 Personen); doch war dafür im vergangenen April die Zunahme verhältnismäßig schwach.

Die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen aus dem Güterverkehr sind dieses Jahr vielfach stark durch die frühe Eröffnung der Winterfahrpläne beeinflusst. Immerhin zeigt der Mai, wie schon der April und März, gegenüber dem Vorjahre ein merklich schwächeres pulsieren des Wirtschaftsliebens. Für die ersten fünf Monate ergibt sich nunmehr folgender Vergleich mit dem Vorjahre (das „Reichsarbeitsblatt“ kommt zu etwas anderen Ergebnissen):

| Monat | Güterverkehrs-Einnahme | | |
|---------------|------------------------|-----------------------|-----------------------------------|
| | im ganzen | gegen- das Vorjahr | mehr resp. weniger für 1 km |
| Januar | 124068865 | + 1670964 | + 10 |
| Februar | 126282701 | + 9793967 | + 173 |
| März | 131534020 | + 1931765 | + 67 |
| April | 124860935 | + 3427728 | — 98 |
| Mai | 127508512 | + 1117370 | + 53 |

Am sich zwar nicht günstig, weist die Mai-Einnahme doch eine relative Besserung gegenüber den Vormonaten auf.

Die deutsche Roheisenproduktion konnten wir das letzte Mal erst im April verfolgen. Unterdes sind die Maizahlen veröffentlicht, und wir wiederholen, um Vergleich mit früher zu ermöglichen, nochmals einen Teil der Ziffern. Die Roheisenerzeugung (in Deutschland und Luxemburg) betrug Tonnen:

| Monat | 1905 | 1906 | 1907 | 1908 |
|---------------|---------|---------|---------|---------|
| Januar | 766209 | 1018461 | 1062152 | 1061329 |
| Februar | 672473 | 938434 | 978191 | 994186 |
| März | 895908 | 1058527 | 1099257 | 1046998 |
| April | 894393 | 1019149 | 1077708 | 979866 |
| Mai | 951431 | 1060740 | 1094814 | 1010917 |
| Summa | 4180414 | 5095311 | 5311617 | 5093296 |

Nach einem gewissen unentschiedenen Schwanken haben wir also den allseitigen Aufschwung seit März, mit noch-maliger Verstärkung seit April. Im ganzen kommen aber die ersten fünf Monate 1908 noch immer dem Hochjahre 1906 gleich, obwohl sie hinter dem Hochjahre 1907 um fast 4 pzt. zurückbleiben. Der Mai für sich zeigt sogar eine Verminderung um fast 8 pzt. gegen das Vorjahr, seit dem März ist die Verminderung auch gegen 1906 merkbar, während man 1905 noch immer in jedem Monat überholte. Daneben zeigt der internationale Verkehr in Eisen (aller Art, die Detailziffern für die verschiedenen Kategorien fehlen noch) die entsprechende Veränderung: im Monat Mai für gegen das Vorjahr die Eiseneinfuhr von 835 690 auf 488 694 Doppelzentner zurückgegangen, die Eisenausfuhr von 2 774 430 auf 3 105 932 Doppelzentner gestiegen. Das ist also wieder die fortgesetzte Ausfuhr zur „Erleichterung“ des Inlandmarktes. Als dritten Grabmesser, neben dem Produktionsumfang und den Ausfuhrschwankungen, haben wir dann noch die Preise. Hier

ist die Hochhaltung durch die Syndikate erschichtlich ins Bankten gekommen. In den letzten Tagen hat das Roheisen Syndikat die Preise für Kündeln- und Stahlscheiben um 4 für die Tonne zu ermäßigen beschlossen, der Stahlwerksverband die Halbzeugpreise für das dritte Jahresviertel um 5 pro Tonne. Die reinen Walzwerke als Abnehmer melden jedoch schon weitere Forderungen an. So lesen wir in der „Börs. Ztg.“: „Die erste, im Dezember vorigen Jahres mit Wirkung vom 1. Januar d. J. ab eingetretene, 10 betragende Ermäßigung der Halbzeugpreise war jedenfalls zu spät gekommen; der Verband hatte sich dazu nicht früher bequemt, als bis die Preise für Stabeisen und Bleche so stark gefallen waren, daß die Halbzeugpreise außerhalb jedes vernünftigen Verhältnisses hierzu standen. Und seitdem hat sich die Lage des Marktes der Fertigzeugnisse wohl nicht gebessert, sondern noch weiter verschlechtert. Deshalb ist auch die Annahme berechtigt, daß die gestern vorgenommene Ermäßigung der Halbzeugpreise für die reinen Walzwerke keine hinreichende Hilfe bedeutet. Abwarten bleibt zudem noch, ob nicht die Preisermäßigung für Halbzeug einen neuerlichen Druck auf die Stabeisen- und Blechpreise ausüben wird. Dem entgegen könnte höchstens der Umstand wirken, daß schon der heutige Stabeisenpreis unter den Selbstkosten liegt.“

Wir lassen nunmehr gleich die Kostenstatistik folgen. Hier stellte sich bisher, Januar bis Mai zusammen, die Ausbeute in Tonnen:

| | 1908 | gegen 1907 |
|-------------------|----------|------------|
| Stehkohlen | 61516204 | 58118174 |
| Braunkohlen | 27003601 | 24691647 |

Die Steigerung ist also noch immer eine ganz ansehnliche. Doch sind die Absatzverhältnisse nicht mehr in aller Weise günstig; auch hier macht man sich, wie beim Eisen, durch veränderte Ausfuhr Luft. Bei den Braunkohlen hat sich darin zwar nicht viel geändert. Dagegen betrug bei den Steinkohlen, abermals Januar bis Mai zusammengezeichnet: die Einfuhr 4 437 176 Tonnen gegen 4 495 581 Tonnen im Vorjahre — die Ausfuhr 8 200 114 Tonnen gegen 7 940 197 Tonnen —, also der Ueberfluß der Ausfuhr gegen die Einfuhr in diesem Jahre rund 200 000 Tonnen mehr als im Vorjahre. Diese Politik, nach außen hin mehr abzugeben, um im Innern leichter die Preise halten zu können, fordert natürlich immer von neuem den Widerspruch der anderen brennstoffverbrauchenden Produktionszweige heraus. So heißt es schon in dem Jahresbericht des Vereins deutscher Papierfabrikanten: „Bei der Verhandlung dieser Frage ist davon auszugehen, daß Deutschlands Industrie und Landwirtschaft jedenfalls ein Vorrat vor dem Auslande auf dem Gebiete des Deutschen Reiches vorhanden haben. In erster Reihe auf die Kohlen, haben. Auch die Bedürfnisse der Bevölkerung Deutschlands, die Kohlen zu Heiz- und Beleuchtungszwecken verbraucht, müssen zunächst Berücksichtigung finden. Erst dann steht den Erzeugern der Kohle das (moralische) Recht zu, den über-schüssigen Teil an das Ausland abzugeben.“ Wenn sich sprach sich Anfang Juni der Bund der Industriellen auf seiner Eisenacher Tagung aus. Genügt hat aber alles bisher nichts.

Dagegen scheinen bei manchen anderen Verbänden die Abnehmer ihre Stellung zu festigen, weil sich mit den Absatzverhältnissen der Hochzeit der Syndikatsleiter gedungen etwas legt. So hat das Kartell der deutschen Porzellanfabriken den Häubler Konzeptionen gemacht, worauf diese sich bereit erklärten, weiter vom Kartell zu beziehen. Wenn sich hat in der Textilindustrie der Bergische Fabrikantenverband auf der Grundlage der von dem Verband deutscher Detailgeschäfte aufgestellten Bezugs- und Zahlungsbedingungen Zugeständnisse gemacht. Darin spricht sich der Wandel der Zeiten gleichfalls aus; in den letzten Aufschwungsjahren schreibt der Produzent dem Abnehmer und Verbraucher, der Gebotgeber dem Kapitalisten, die Bedingungen vor, während man bei sinkender Konjunktur eher froh ist, daß man noch Abnehmer findet und sein Kapitaltag irgendwo noch unterbringen kann; die Gegenseite bringt mit ihren Anprüfungen vor.

Die Ermäßigung des Reichsbankdiskonts auf 4½ pzt. meldeten wir bereits das letzte Mal in einer Nachschrift. Singezusagen wäre noch, daß der Reichsbankpräsident eine weitere Ermäßigung für dieses Jahr als aussichtslos bezeichnete.

Berlin, 23. Juni 1908.

Mag Schippel.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Travemünde (Sperr über Söhrmann), Lübeck (Sperr über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Insel Fehmarn (Aussperrung), Rendsburg (Sperrn über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlsbütte), Wesselburen, Quickborn (Streiks);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperr über Thielke), Sülze (Sperr über Holdorf);

Brandenburg:

Wittstock a. d. D. (Streik), Neu-Buch (Sperr über Ehrlich), Luckenwalde (Sperr über Ziehe in Woltersdorf), Neuenhagen (Sperr über Liesegang);

Pommern:

Pölitz (Streik);

Ost- und Westpreussen:Hammerstein (Sperrung über Kofahl und Karge),
Rastenburg (Differenzen);**Schlesien:**Märzdorf (Sperrung über Scheundel in Greibeltwitz),
Festenberg (Sperrung über Steinbach aus Steglitz),
Hundsfield-Rosenthal (Sperrung über Vetter aus Weide);**Königreich Sachsen:**Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse, Artur Leonhardt in Stötteritz, Wasserturmstrasse), Colditz (Sperrung über Gebr. Schurig aus Leipzig), Mülsen-St. Niklas (Sperrung über Ferd. Döhn), Knautkleeberg (Sperrung über David Ludley und L. Loos),
Kauschberg (Sperrung über Bautzmann aus Lützen);**Provinz Sachsen und Anhalt:**Graau b. Magdeburg (Sperrung über Weingart),
Schkeuditz (Differenzen), Stassfurt (Streik);**Thüringen:**

Arnstadt (Sperrung über Gressler), Ronneberg (Sperrung über Kretschmar);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Stadthagen, Visselhövede (Streiks), Misburg (Sperrung über die Zementfabrik „Germania“), Munster (Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Dortmund (Sperrung über die Fabrikbau Leissner in Wambel), Elberfeld-Barmen (Sperrung über die Arbeiter der Firma Diederich & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), Berg Gladbach (Differenzen);

Hessen und Waldeck:

Heppenheim a. d. Bergstrasse (Sperrung über F. Gg. Held und Störz), Darmstadt (Sperrung über Raab, Kirsch, Schmidt und Pfeifer in Hahn, Streik der Zementierer);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Mannheim-Ludwigshafen (Sperrung der Isolierer über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik), Lambrecht (Sperrung über Brünk), Hassloch (Sperrung über Bittlinger und Steidel), Colmar (Bauarbeiterstreik), Waldkirch (Sperrung über Bayer);

Bayern:Pfarrkirchen (Sperrung über Sterzer), Wasserburg (Sperrung über Nabauer), Neuburg a. d. D. (Sperrung über Stettner), Marienstein (Sperrung über Resch),
Lauten a. d. Salzach, Bad Aibling (Differenzen);**Fliesenleger:**Rheinland-Westfalen (Abwehrstreiks),
Isolierer und Steinholzleger:
Gelle (Streik bei der Firma Haacke & Co.);**Schweiz:**

Loèche, Bern (Differenzen);

Oesterreich:

Kaaden, Klado, Králup, Leoben, Spalato, Stoeckeran, Triesch, Troppau;

Ungarn:

Arad, Debreczen, Kassa, Nagybecskerek, Mezötúr (Aussperrung);

Schweden, Norwegen:

Allgemeine Aussperrung.

Gau Bremen.

Unsere Kollegen in **Barel** haben durch ihre Einigkeit den Streikplan der Unternehmer gebrochen und einen schönen Erfolg erzielt. Zum Abend des 8. Juli hatten die Unternehmer eine Verhandlung anberaumt und hierzu auch unseren Gauvorsitzenden eingeladen. Nach zehnwöchiger Beratung war eine Einigung erzielt. Unsere Kollegen erhalten vom 6. Juli bis zum 30. April 1909 eine Lohnerhöhung von 2 $\frac{1}{2}$ und vom 1. Mai 1909 bis zum 31. März 1910 von 3 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, so daß der Stundenlohn in diesem Jahre 47 $\frac{1}{2}$ und im nächsten Jahre 50 $\frac{1}{2}$ beträgt. Es sind auch noch Nebenforderungen bewilligt worden, so daß unsere Kollegen von dem Erfolg voll und ganz zufrieden sein können. Am selben Abend fand noch eine Versammlung statt, die sich mit den Vorschlägen zu beschäftigen hatte. Das Angebot wurde mit 32 gegen 6 Stimmen angenommen.

Der Abwehrstreik in **Wisselhövede** dauert noch ununterbrochen fort. Hoffentlich gelingt es uns auch dort noch, den Unternehmern klar zu machen, daß es besser ist, mit den Gesellen in Frieden zu leben.

In **Munster** (Prov. Hannover) hatten die Unternehmer mit unseren Kollegen im vorigen Jahre vereinbart, daß der Stundenlohn am 1. April 1908 um 1 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu erhöhen sei, so daß der Lohn in diesem Jahre 44 $\frac{1}{2}$ zu betragen hätte. Sie haben aber ihr Wort nicht gehalten. Unsere Kollegen unterbreiteten nun dem Unternehmer Schlichte, weil dieser gegenwärtig die meiste Arbeit hat, die Forderung, den Stundenlohn von 45 $\frac{1}{2}$ zu zahlen. Jede Verhandlung hierüber wurde abgelehnt. Im Gegenteil: die drei Unternehmer einigten sich nicht nur, nichts zu gewähren, sondern versuchten ebenfalls, unsere Zweigvereinsleitung mit Absichten zu regieren. Drei Kollegen des Zweigvereinsvorstandes, darunter der Vorsitzende und der Kassierer, erhielten am Sonabend Abend von dem Unternehmer Gläser Feierabend, obwohl beide neun Jahre lang zur Zufriedenheit bei ihm gearbeitet hatten. Mit diesen Mitteln suchten die Unternehmer unseren Kollegen Angst einzufloßen, damit sie dem Verbandsrat die Mägen lehren sollten. Das wird aber nicht gelingen. Vorläufig muß der Bezug nach Munster streng ferngehalten werden. Dann werden sich die Herren Unternehmer schon befinden.

In **Stens-Wittmund** haben am 28. Juni im Beisein eines Gausvertreter Verhandlungen über die Lohnfrage stattgefunden. Die Unternehmer bräuteten sich, auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung zu gewähren: sie wollten im Gegenteil noch Verschlechterungen einführen. Da die Arbeitslosigkeit sehr schief ist, so einigten sich die Parteien dahin, den alten Vertrag auf ein weiteres Jahr zu verlängern.

In **Nordenney** ist vorläufig Ruhe eingetreten. Die Wabefaison hat zunächst einen Waffenstillstand herbeigeführt.

Gau Breslau.

Die Sperrung über die Bauausführungen der Lokat Eisenbetongesellschaft in **Frankendorf** bei **Oppeln** ist mit Erfolg beendet worden. Wie schon berichtet worden ist, zahlte die Firma den Maurern 35 $\frac{1}{2}$ und den Zimmerern 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Die Kollegen forderten jedoch 45 $\frac{1}{2}$. Der Vertreter der Firma wies erst die Organisationsvertreter ab; er wollte nur mit den Leuten selbst verhandeln. Das geschah denn auch; es kam aber nichts dabei heraus. Nachdem man dann 14 Tage lang die Arbeit hatte ruhen lassen, war der Vertreter soweit die Organisationsvertreter anerkennen und mit ihnen zu verhandeln. Dabei ist es nun auch zur Einigung gekommen. Es ist ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach der Lohn bis zum 1. Juli 1909 für Maurer und Zimmerer 43 $\frac{1}{2}$ beträgt. Die alten Leute sollen alle wieder eingestellt werden. So geht's, wenn man einig ist!

Gau Hamburg.

In **Alt-Nahstedt** ist jetzt endlich nach vielen Verhandlungen ein neuer Tarifvertrag nach dem Muster des Arbeitgeberverbandes zu Stande gekommen. Die Unternehmer, die nach berühmten Mustern manche Neuerungen in den Vertrag hinein haben wollten, haben sehr viel nachlassen müssen, so daß es im allgemeinen ziemlich bei den alten Abmachungen geblieben ist. Zum Schluß, als man fast in allen Punkten einig war, hatten die Unternehmer das alte Vertragsformular, das schon im März d. J. in Berlin als ungültig erklärt worden ist, zur Unterschrift überreicht. Ob dies mit Absicht oder aus Unwissenheit geschehen ist, ist noch nicht aufgefällt worden; aber als unsere Kollegen es den Unternehmern recht energisch klar machten, daß man einen solchen Krebsgang nicht mitmachen würde, wußten sich die Herren Unternehmer schnell die neuen Formulare zu verschaffen.

In **Kappeln a. d. Schlei** haben die Verhandlungen am 29. Juni zur Aufhebung der Aussperrung und zum Abschluß eines neuen Vertrages geführt. Er gilt bis zum 1. April 1908 und setzt für die Maurer 47 $\frac{1}{2}$ und für die Bauarbeiter 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn fest.

Gau Hannover.

In **Blotz** sind die Christlichen ihren Traditionen getreu geblieben. Ohne sich mit unseren Kollegen darüber zu verständigen, ist die Schacherei weiter getrieben und ohne Gang und Klang die Arbeit am 29. Juni wieder aufgenommen worden. Nachdem glücklicherweise alle Christen untergebracht waren, hat man sich auch unserer Kollegen erinnert und mitgeteilt, daß auch sie jetzt die Arbeit aufnehmen dürfen. Wie geprügelte Hunde sind sie dann Tags darauf zur Arbeit gegangen. Versprochen soll ja den Christlichen sein, mit Aufnahme der Arbeit 39 $\frac{1}{2}$ zu zahlen, was laut Vertrag aber bereits seit Oktober vorigen Jahres gezahlt werden sollte! Dann soll eine weitere Steigerung auf 40 $\frac{1}{2}$ am 1. April 1909 eintreten. Wie weit sich hier aber Wahrheit mit Unwahrheit mischt, ist noch nicht festzustellen. Soffentlich ist aber die Christen ehrlich genug und schaffen Klarheit. Die angeborene Bescheidenheit der Christlichen hat schon manche herrliche Frucht reifen lassen, die ebenso ungemeinbar war wie diese. Unsere Kollegen werden es sich aber in Zukunft zweimal überlegen, ob sie sich von den Christen willenslos „in die Karkoffeln“, raus aus der Karkoffeln kommbarieren lassen. Besser hätten sie getan, wenn sie sich schon diesmal über ihre wirkliche Rolle klar gewesen wären und sich dafür bedankt hätten. Der Erfolg der Christlichen liegt sich ohne Schwertstreich erreichen, denn der „Erfolg“ war bereits vertraglich garantiert.

In **Verberg am Harz** ist der Abwehrkampf im großen und ganzen als beendet anzusehen, nachdem sich zwei Unternehmer bequemen mußten, den früheren Stundenlohn von 36 $\frac{1}{2}$ wieder zu zahlen.

In **Stadthagen** (Lippe) geht der schon seit dem 6. Mai währende Kampf auch zur Neige. Bei Beginn des Kampfes hat ein Unternehmer in seinem Großmüchsenbündel erklärt: „vor dem Schlußstein verhandeln wir überhaupt nicht und dann sollen die Kerls auf den Knien zu uns kommen, sonst werden wir auch dann noch nicht mit uns reden lassen.“ Unsere Kollegen sind aber noch gut auf den Weinen und haben noch gar keine Neigung, das Anerkennen anzufangen. Sie sind glücklich, dies verlernt zu haben. Anders bei den Unternehmern; dort schloß der! Dort will's nicht mehr so weiter gehen. Man sucht herauszufinden, wer das größte Karkidell ist. Jeder will sich nun Ellenbogenraum verschaffen, der engumgrenzte Raum in der Arbeitgeberorganisation behagt nicht mehr. Man möchte aber auch nicht die frühere Großmüchtheit eingestehen. Was's aber liegen wir's will, es ist bestimmt damit zu rechnen, daß das Karkidell der Unternehmerorganisation in den nächsten Tagen zusammenbricht und hiermit dürfte dann auch der Streik beendet sein.

In **Delstingen**, zum Zweigverein **Alfeld** gehörend, hatten unsere Kollegen am 9. Juni (am Tage nach Pfingsten) die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Sie forderten 40 $\frac{1}{2}$ der bisherige Lohn betrug 32 $\frac{1}{2}$. Noch am selben Tage fanden Verhandlungen statt, die zu einer Einigung führten. Der Lohn ist sofort auf 34 $\frac{1}{2}$ erhöht worden. Der Erfolg ist deshalb so gering, weil sich die Kollegen aus Karkidell nicht dazu verstehen konnten, mit dem besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Kollegen gemeinsame Sache zu machen, sondern „arbeitswillig“ blieben. Hoffentlich kommt auch diesen bald die Erleichterung.

Gau Magdeburg.

Im Lohngebiet **Stahfurt-Leopoldshall, Heddingen, Föderstedt, Eitenberg, Güßen** hat die Lohnbewegung zum Streik geführt. Unsere Kollegen und auch die Bauarbeiter hatten den Unternehmern zunächst ein Gehalt auf Verhandlungen unterbreitet. Im Prinzip waren die Unternehmer auch dazu geneigt, schoben aber den Termin so lange hinaus, daß den Kollegen die Geduld ausging. Eine Forderung auf 5 $\frac{1}{2}$ Lohnerhöhung wurde den Unternehmern zugestimmt. Nunmehr leichten diese jede Unterhandlung ab. Daraufhin beschloßen die leitenden Kollegen, für das ganze Interessengebiet eine Versammlung

während der Arbeitszeit abzuhalten. In Scharen strömten die Kollegen aus allen Orten, die in Frage kommen, zusammen. Man trat nun telefonisch mit den Unternehmern in Verbindung und vereinbarte zunächst eine unverbindliche Aussprache. Diese führte dann dazu, daß offizielle Verhandlungen angesetzt wurden. Im Laufe der Verhandlungen erklärte unsere Kommission ausdrücklich, daß sie auf die geforderten 5 $\frac{1}{2}$ Lohnerhöhung nicht bestehen würde, ja, daß sie im Interesse des Friedens, wenn auch schweren Herzens, für dies Jahr auf jede Lohnerhöhung verzichten würde, wenn fürs nächste Jahr ein annehmbares Gehalt gemacht würde. Da sich die Herren auch darauf nicht einließen, wurden die Verhandlungen abgebrochen. 162 Kollegen stiegen im Kampf, 15 (einschließlich der Poliere) spielen den treuen Fribolin.

Anträge zu dem zehnten (ausserordentlichen) Verbandstage in Hannover.**Zur Tagesordnung.**

Lübeck: Der Punkt Lohnerbewegung und Tarifverträge ist an die zweite Stelle der Tagesordnung zu setzen.

Zum Statut.

Name und Umfang des Verbandes.

§ 2.

Düsseldorf: Zugelassen zum Verband sind alle Maurer und verwandten Berufsgenossen.

Stettin: Abf. 4 ist zu streichen.

Bremervaden, Lübeck: Mitglieder des Verbandes dürfen einer gegenwärtigen Organisation nicht angehören.

Gliederung des Verbandes.

§ 4.

Verbandsvorstand: 1. Die Worte: „und Einzelmitglieder“ sind zu streichen.

§ 4a.

Stuttgart: Statt „einziger Orte“ ist zu setzen: „Arbeitsorte“.

Bergern a. Nigen, Seilbroun: Abf. 2. Mitglieder anderer Zweigvereine haben ihre Beiträge im Zweigverein ihres Arbeitsortes zu entrichten.

§ 4b.

Verbandsvorstand: Unter „ergibt“ ist einzufügen: Durch diese Gliederung wird die einheitliche Verwaltung der Kasse wie auch die einheitliche Einziehung der Beiträge und Verbreitung des „Grundstein“ nicht berührt.

Verbandsvorstand: Der letzte Satz ist zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: „Die Bildung von Zahlstellen unterliegt der Beschlußfassung der Zweigvereine. Sektionen sind zu errichten, wenn einem Zweigverein zehn oder mehr Mitglieder der Spezialbranchen Fliesenleger, Kalkputzer und Zementierer angehören, und wenn in einer vom Vorstand des Zweigvereins einberufenen Branchen-Mitgliederversammlung die Errichtung mit Stimmenmehrheit beschlossen ist. Die Errichtung von Sektionen für etwaige weitere Branchen unterliegt der Genehmigung des Verbandsvorstandes. Die Mitglieder haben sich für ihren Wohnort errichteten Zahlstelle respektive der für ihre Branche errichteten Sektion anzuschließen.“

Berlin (Sektion der Fliesenleger): Den Sektionen der Spezialgruppen steht das Recht zu, zur Wahrung ihrer Gesamtinteressen einen Vertrauensmann und einen Ausschuss zu wählen. Der Vertrauensmann hat, in enger Fühlung mit dem Ausschuss und dem Verbandsvorstand, allen wichtigen Vorankommen im Beruf näherzutreten, diesbezügliche Material zu sammeln, die mögliche Regelung des Arbeitsnachweises zu erörtern und die Verursachung zu pflegen. Das Amt des Vertrauensmannes ist ein unbefristetes Ehrenamt.

Münster-Birch: Für Spezialarbeiter sollen besondere Bestimmungen zur Regelung ihrer Berufsinteressen statutarisch festgesetzt werden.

§ 4c.

Bosen: Der Paragraph ist zu streichen.

Bern: Der Abf. 2 ist zu streichen.

Stuttgart: Abf. 2 ist zu fassen: „Eine Ausnahme ist nur zulässig für solche Mitglieder, die vorübergehend außerhalb ihres Zweigvereinsgebietes in Arbeit stehen und jede Woche mindestens einmal zu Hause reisen.“

§ 4d.

Verbandsvorstand: Der Paragraph ist zu streichen.

§ 5.

Verbandsvorstand, Königsberg i. Pr.: Der letzte Absatz ist zu streichen.

Verbandsvorstand (Ergänzung): Zur Leitung etwaiger Zahlstellen oder Sektionen sind 3 bis 5 Personen zu wählen.

Verbandsvorstand: Die jetzigen Paragraphen 5b und 5c sind zu streichen und an deren Stelle ist zu setzen:

§ 5b.

Die richtige Führung der organisatorischen und agitatorischen Geschäfte des Zweigvereins obliegt in erster Linie dem Vorstände beim einem dazu angeordneten Beamten. Die Kassengeschäfte führt der Kassierer. Der Gesamtvorstand und die Revisionen sind jedoch für die ordnungsmäßige Geschäftsführung und Kassenführung, für die regelmäßige Abrechnung der Gelder an die Hauptkasse und für die sichere Verlegung der Lokal-kassengelder mit verantwortlich.

§ 5c.

Die Sektionen entscheiden selbständig in allen Fragen der inneren Verwaltung, mit Ausnahme der Kasse, des „Grundstein“ und der Einziehung der Beiträge. Sie sind ferner zuständig innerhalb ihres Gebietes und für ihren Beruf in Fragen der Agitation und für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Diese Fragen sollen aber nur in enger Fühlung mit der Zweigvereinsleitung und unter Beobachtung der hierfür maßgebenden Bestimmungen des Statuts usw. erledigt werden.

§ 6.

Verbandsvorstand: Der Paragraph ist zu streichen.

Sonderburg: Die Gauvorsitzende werden abgefasst und an deren Stelle Agitationskommissionen eingesetzt.

Barmen-Elberfeld: Die Kosten für die Gause trägt die Hauptkasse.

Essen: Die Wahl des Vorsitzenden und Kassierers erfolgt auf den Gautagen, die der Vorsitz und Kassierer am Vorort des Gaus.

Posen, Stettin: Die Unkosten für Agitation und Verwaltung trägt die Hauptkasse.

Sannover: Statt 20 § find 10 § an die Gauskasse abzuführen.

Reichenbach i. Schl. (Zusatz): Die Kosten der Agitation, die vom Zweigverein für nötig gehalten, vom Gauvorstand aber nicht genügend betrieben wird, sind aus der Gauskasse zu zahlen.

Westerland: Gautage haben vor jedem Verbandstage stattzufinden.

Salbe a. d. E., Tribsees: Die Kosten der Gautage sind von der Gauskasse zu tragen.

Verbandsvorstand: Der Paragraph ist zu streichen. Die durch Regulative festgesetzten Bestimmungen sind sinngemäß in das Statut aufzunehmen.

Verbandsvorstand: Abs. 2. Der Vorsitzende des Ausschusses wird auf den Verbandstage gewählt; die Wahl der übrigen Ausschussmitglieder erfolgt mittels geheimer Abstimmung usw. (wie bisher).

Verbandsstag:

Gr.-Westen, München, Münster i. W., Quersfurt: Alle drei Jahre ist ein Verbandstag abzuhalten.

Altenbuck, Rastenburg, Gera, Albeck, Magdeburg, Mühlheim-Oberhausen, Solingen: Der Abs. 2 ist zu streichen.

Salbe a. d. E., Wiesbaden: Die Worte: „mit vollem Stimmrecht“ sind zu streichen.

Barmen-Elberfeld, Köln, Düsseldorf, Sannover, Kiel, Stettin: Gauvorsitzende ohne Mandat können an den Verbandstagen nur mit beratender Stimme teilnehmen.

Köln: Dasselbe gilt für die Mitglieder des Hauptvorstandes, soweit sie nicht in das Bureau des Verbandstages gewählt werden.

Mühlheim-Oberhausen: Besetzte Zweigvereinsbeamte sind nicht zum Verbandstage zu delegieren. Hält der Verbandsvorstand ihre Anwesenheit für notwendig, so sind sie mit beratender Stimme zuzulassen.

Unabhängigen: Der Verbandstag möge beschließen, daß die Delegierten nur aus den Reihen der im Beruf arbeitenden Kollegen gewählt werden dürfen.

Danzig: Das Mandat der Delegierten läuft bis zum nächsten ordentlichen Verbandstage.

Verbandsvorstand: Abs. 4. Die Worte: „Preis für eine Mitgliedskarte“ sind zu streichen.

Stettin (Abs. 4): Hinter Wäiten ist einzufügen: im Betrage von M. 6. Die Worte: „deren Höhe der jedesmalige Verbandstag festsetzt“ werden gestrichen.

Verbandsvorstand: Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Wahlabschlüssen.

Die Wahlabschlüsse werden gebildet nach dem Mitgliederstand des letzten vorliegenden Quartals-Rechnungsabschlusses.

Die Sektionen der dem Verbande als besondere Berufsabteilungen angegliederten Spezialbranchen erhalten Wahlabschlüsse für sich.

Zweigvereine resp. Sektionen mit 600 und mehr Mitgliedern bilden je eine Wahlabschlüsse, und Zweigvereine resp. Sektionen mit weniger als 600 Mitgliedern werden unter möglichst Berücksichtigung ihrer geographischen Lage und wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit zu Wahlabschlüssen zu vereinigen, daß eine Wahlabschlüsse in der Regel nicht über 700 und nicht unter 400 Mitglieder hat.

Die letzteren wählen je einen Delegierten; die ersteren mit 600 bis 1500 Mitgliedern wählen einen, über 1500 bis 2500 Mitglieder wählen zwei Delegierte. Je weitere volle 1000 Mitglieder wählen einen Delegierten.

Die Wahlen sind geheim und haben per Stimmzettel zu erfolgen; absolute Stimmeneinheit entscheidet.

Ist die absolute Stimmeneinheit nicht erreicht, dann hat eine Stichwahl stattzufinden.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Auslosung geschieht für Wahlabschlüsse, die aus mehr als einem Zweigverein bestehen, durch den Verbandsausschuss. In den übrigen Wahlabschlüssen wird die Auslosung durch die Wahlkommission im Beisein des Zweigvereinsvorstandes vorgenommen.

Die Wahlen dürfen nur in Mitgliederversammlungen vorgenommen werden; eine Stimmabgabe außerhalb derselben ist unzulässig. Lezteres gilt auch für solche Mitglieder, die verhindert sind, gleichwohl aus welchen Gründen, an der Wahlversammlung teilzunehmen.

Die weiteren Einzelheiten werden durch Wahrgesamte bestimmt.

Bruch 5. München: Jeder Zweigverein mit mehr als 1000 bis zu 2000 Mitgliedern wählt einen Delegierten. Vereine mit mehr als 2000 Mitgliedern können für jede weiteren 2000 einen Delegierten mehr entsenden. Vereine mit weniger als 1000 Mitgliedern werden unter möglichst Berücksichtigung usw. (wie bisher). Den Delegierten der über 1000 Mitglieder starken Vereine ist eventuell ein doppeltes Stimmrecht einzuräumen.

Gera: Zweigvereine mit mehr als 1000 Mitgliedern bilden je einen Wahlkreis und wählen Delegierte nach folgender Ordnung: Auf je 1000 Mitglieder einen Delegierten, auf jedes weitere 1000 einen Delegierten mehr.

Zweigvereine mit weniger als 1000 Mitgliedern werden zu Wahlkreisen zu vereinigen, daß ein solcher nicht unter 800 und nicht über 1000 Mitglieder hat.

Niedrig, Engaden, Dortmund, Landau, Rosenheim wünschen eine bessere Wahlkreiseinteilung.

Heiterfen: Zweigvereine, die einmal eine Wahlabschlüsse zusammen gebildet haben, bleiben auch ferner zu einer Wahlabschlüsse vereinigt.

Serford, Oldenburg i. Gr.: Die Wahl kann auch in Unterabteilungen stattfinden, wenn diese weiter als 5 km vom Sitz des Zweigvereins entfernt liegen.

Altenbuck, Emden, Ingoßfeld, Kempton, Nordhausen: Für die Wahl der Delegierten ist die Wahlabschlüsse einzuführen. Die Festlegung des Wahlortes, der Wahlzeit und der Wahllokale ist den Zweigvereinen zu überlassen.

Verbandsvorstand: (S. 12.) Von zwei zu zwei Jahren sind für die einzelnen Spezialbranchen Landeskonferenzen statt. Die Einberufung erfolgt durch den Verbandsvorstand; die Unkosten werden aus der Verbandskasse gedeckt.

Die Konferenzen bestehen aus Delegierten der Sektionen. Sektionen mit 100 bis 200 Mitgliedern wählen einen und Sektionen mit mehr als 200 Mitgliedern zwei Delegierte. Aus den Sektionen mit weniger als 100 Mitgliedern werden Wahlabschlüsse gebildet, die in der Regel nicht aus mehr als 100 Mitgliedern bestehen sollen. Im übrigen gelten die Bestimmungen für die Wahl der Delegierten zu den Verbandstagen.

Düsseldorf (Sektion der Zementierer): Für die Sektionen der Zementierer sind besondere Wahlabschlüsse zu bilden, um ihnen eine besondere Vertretung auf dem Verbandstage zu ermöglichen.

Emden, Münster i. W.: Die Mitglieder sind zur Teilnahme an den Delegiertenwahlen verpflichtet. Ihre Teilnahme ist durch Stempel im Mitgliedsbuch zu bescheinigen.

Stettin: Die Worte: „Festlegung der Beamtengeltung“, sind zu streichen.

Bremen, Bremerhaven, Düsseldorf, Halle, Sannover: Dem Verbandstage steht nur das Recht zu, die Gehalte für den Verbandsvorstand zu bestimmen.

Breslau, Danzig, Leipzig, Albeck, Plauen, Zittau: Die Gehaltsfestlegung für die Lokalbeamten ist den Zweigvereinen überlassen.

Heinrichswalde: Der Gehalt der Gauvorsitzenden wird von den Gaukonferenzen festgelegt.

Bremen: Die Gehalte der Gauvorsitzenden und Lokalbeamten müssen mindestens 10 pSt. höher sein als der ortsübliche Lohn. Der Höchstgehalt darf den ortsüblichen Lohn um nicht mehr als 20 pSt. übersteigen.

Danzig: Eine Gehaltssteigerung der Verbandsbeamten kann nur durch Urabstimmung erfolgen.

Köln: Der Abs. 4 ist zu streichen.

Stettin: Statt „die Vertreter“ ist zu setzen: „ein Vertreter“.

Verbandsvorstand: § 12 b wird § 12 c.

Verbandsvorstand: Anträge an den Verbandstag können nur von Zweigvereinen, Abteilungen oder Sektionen gestellt werden. Ueber Anträge der letzteren beiden Abteilungen muß in einer Zweigvereinsversammlung verhandelt worden sein.

Die Anträge sind nSt. (wie bisher).

Münster i. W.: Der Paragraph ist zu streichen und dafür zu setzen: Außerordentliche Verbandstage können nur stattfinden, wenn sich durch Urabstimmung mindestens die Hälfte der Mitglieder dafür erklärt hat.

Verbandsvorstand: § 12 b wird § 12 c.

Mühlheim-Oberhausen: Bei allen Vorkommnissen, wo Verbandsvorstand und Ausschuss die Verantwortung nicht tragen können, ist eine Urabstimmung vorzunehmen.

Beitritt, Uebertritt usw.

Verbandsvorstand: (Abs. 1.) Der letzte Satz ist zu streichen.

Posen: (Abs. 2.) Die Aufnahme wird vollzogen durch Ausbändigung der Mitgliedskarte. Die Mitgliedsarten haben, nach Eintritt und Wiedereintritt geregelt, drei verschiedene Farben. (Die Eintrittsmarken fallen weg). Nach zweijähriger Mitgliedschaft erhält das Mitglied ein vom Verbandsvorstand ausgefertigtes Mitgliedsbuch.

Kiel (Abs. 1): Hinter „erfolgen“ ist einzufügen: „bepor im neuen Zweigvereinsgebiet um Arbeit nachgesucht wird.“

Barth (Neuer Absatz): Wer sich nicht vorchristlichmäßig an und abmeldet, verliert auf die Dauer eines Jahres das Anrecht auf die Unterstellungen.

Halberstadt, Halle: Mitglieder, die mit Beitragsresten abreisen, haben den rückständigen Beitrag auf eigene Kosten an den Zweigverein zu entrichten, wo die Schuld entstanden ist.

Breslau: Der Abs. 3 ist zu streichen.

Düsseldorf (Abs. 3): Statt „Gauvorstandes“ ist „Zweigvereinsvorstandes“ zu setzen.

Salzwedel: Dem Abs. 1 soll hinzugefügt werden: „Diese Gelder sollen der Lokalkasse zu.“

Jena (Neuer Absatz): Ist nach Lage der Sache zu vermuten, daß der sich zur Aufnahme Meldende schon einmal Mitglied war, so ist beim Zweigverein seines letzten Aufenthaltortes nachzufragen.

Stendal (Abs. 2): Hinter „Anmeldung“ ist anzufügen: „wenn für den neuen Beruf keine Organisation besteht.“

Darmstadt (Abs. 3): Hinter „gestrichen wurde“ ist einzufügen: „oder ausgetreten ist.“

Jena (Abs. 7): Statt „durch den Vorstand“ ist zu setzen: „mit Zustimmung des Vorstandes.“

Katzenlanten: Der Beitrag ist in allen Klassen um 10 § zu erhöhen.

Darmstadt, Kiel: Die Lohnklasse bis 82 § ist zu streichen.

Kiel: Es sind zwei neue Beitragsstufen einzurichten: 67 bis 72 § Stundenlohn = 75 § Beitrag, 73 bis 77 § Stundenlohn = 80 § Beitrag.

Regensburg beantragt die Einführung einer zehnten Beitragsklasse: über 75 § Stundenlohn = 80 § Beitrag.

Barmen-Elberfeld: Für die Verbandsbeamten ist eine zehnte Beitragsklasse zu errichten.

Altenbuck, Dortmund, Düsseldorf, Regensburg, Salbe, Stettin: Die beiden letzten Absätze (betreffend Extrabeitrag) sind zu streichen.

Oldenburg: In diesem Jahre ist von der Erhebung eines Extrabeitrages abzusehen.

Strasbourg i. El., Torgau: Die Extrabeiträge sind künftig in kleineren Raten zu erheben.

Danzig: Extrabeiträge dürfen 50 pSt. des wöchentlichen Beitrages nicht übersteigen.

Pinnberg: Zukünftige Extrabeiträge sollen genau nach den wöchentlichen Beiträgen klassifiziert werden.

Bremen, Breslau, Köln, Göttingen, Delitzsch, Hamburg, Herzogenaurach, Hinterpforte, Magdeburg, Niedersdorf, München, Neißa, Neitha, Saarbrücken, Stuttgart: Für den Fall, daß Verbandsvorstand, Ausschuss und Gauvorsitzende die Erhebung eines Extrabeitrages für notwendig halten, ist die Entscheidung darüber durch Urabstimmung herbeizuführen.

Stroßnitz: Wo kein Lohnsystem besteht, kann eine Ausnahme gemacht und für die jüngeren Mitglieder eine niedrigere Beitragsklasse eingerichtet werden.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Salzwedel: Der Paragraph ist zu streichen.

Nossen: Statt 30 find 40 § zu setzen.

Stroßnitz: Wo kein Lohnsystem besteht, kann eine Ausnahme gemacht und für die jüngeren Mitglieder eine niedrigere Beitragsklasse eingerichtet werden.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Salzwedel: Der Paragraph ist zu streichen.

Nossen: Statt 30 find 40 § zu setzen.

Stroßnitz: Wo kein Lohnsystem besteht, kann eine Ausnahme gemacht und für die jüngeren Mitglieder eine niedrigere Beitragsklasse eingerichtet werden.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Salzwedel: Der Paragraph ist zu streichen.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Stroßnitz: Wo kein Lohnsystem besteht, kann eine Ausnahme gemacht und für die jüngeren Mitglieder eine niedrigere Beitragsklasse eingerichtet werden.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Salzwedel: Der Paragraph ist zu streichen.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Stroßnitz: Wo kein Lohnsystem besteht, kann eine Ausnahme gemacht und für die jüngeren Mitglieder eine niedrigere Beitragsklasse eingerichtet werden.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Salzwedel: Der Paragraph ist zu streichen.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Stroßnitz: Wo kein Lohnsystem besteht, kann eine Ausnahme gemacht und für die jüngeren Mitglieder eine niedrigere Beitragsklasse eingerichtet werden.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Salzwedel: Der Paragraph ist zu streichen.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Stroßnitz: Wo kein Lohnsystem besteht, kann eine Ausnahme gemacht und für die jüngeren Mitglieder eine niedrigere Beitragsklasse eingerichtet werden.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Salzwedel: Der Paragraph ist zu streichen.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Stroßnitz: Wo kein Lohnsystem besteht, kann eine Ausnahme gemacht und für die jüngeren Mitglieder eine niedrigere Beitragsklasse eingerichtet werden.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Salzwedel: Der Paragraph ist zu streichen.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

Stroßnitz: Wo kein Lohnsystem besteht, kann eine Ausnahme gemacht und für die jüngeren Mitglieder eine niedrigere Beitragsklasse eingerichtet werden.

Nossen: Mitglieder, die vorübergehend im eigenen Haushalt arbeiten (Landwirtschaft), zahlen nur für die Zeit Beiträge, wo sie als Maurer beschäftigt sind. Beim Uebertritt in die Selbstbeschäftigung ist das Mitgliedsbuch an den Zweigvereinsvorstand abzugeben, das ihnen beim Wiedereintritt in den Beruf ohne erneutes Eintrittsgeld wieder ausgehändigt wird. Ueber die Ruhezeit ist ein Vermerk in dem Mitgliedsbuche zu machen. Solche Mitglieder erhalten weder Krankennach Sterbeunterstützung, werden sie jedoch in einen Streik verwickelt, so steht ihnen die Hälfte der üblichen Streikunterstützung zu.

| Wahl- abteilung | Name des Delegierten | Wohnort des Delegierten |
|--------------------|---|----------------------------|
| 104 | Richard Hempel | Sonderburg |
| 105 | Heinrich Eelen | Thiebold |
| 106 | Johann Hoffmann | Dulau |
| 108 | Wilhelm Kriemann | Neumünster |
| 110 | August Dohler | Gurhaven |
| 112 | Carl Bentin | Bergedorf |
| 113 | Ernst Hildebrandt | Nelsen |
| 114 | Peter Schlichter | Bielefeld |
| 115 | Wilhelm Schreiber | Braunschweig |
| | Fritz Meißner | Hannover |
| 116 | Adolf Wahmann | |
| | Ernst Schilling | Göttingen |
| 117 | August Müller | Hildesheim |
| 119 | Friedrich Laubinger | Einbeck |
| 120 | Hermann Beulshausen | Gronau |
| 121 | Fritz Selvers | Herford |
| 122 | Paul Müller | Beine |
| 124 | August Deppa | Stadthagen |
| 125 | Friedrich Hähling | Rangelsheim |
| 126 | Hermann Wittenberg | Chemnitz |
| 127 | Ernst Westler | Plauen i. V. |
| 128 | Carl Schirch | Gera |
| 129 | Paul Morlag | Greiz |
| 130 | Bruno Rager | Halle a. d. S. |
| 131 | Otto Höber | |
| | Hermann Voigt | Leipzig |
| 132 | W. B. B. (Ein Delegierter ist noch in der Stichwahl zu wählen.) | |
| 133 | Hermann Bittel | Zwickau |
| 134 | Alfred Heilmann | Altenburg |
| 135 | Otto Seidel | Merdau |
| 137 | Louis Gramer | Glauchau |
| 138 | Robert Neumann | Hohenstein-Ernstthal |
| 139 | Richard Nieß | Ilse |
| 141 | Hermann Eichhorn | Döbeln |
| 144 | Johann Lufstedt | Begau |
| 145 | Otto Seifert | Reiz |
| 148 | Bruno Baum | Delitzsch |
| 150 | August Winter | Wittenberg |
| 152 | Wolfgang Kleinhardt | Alsted |
| 153 | Rudolf Witten | Frankenburg |
| 156 | Carl Gierh | Schwetzn. i. Meckl. |
| 157 | Hermann Sandberg | Güstrow |
| 158 | Heinrich Berche | Pommern |
| | Fritz Bohn | Magdeburg |
| 159 | (Ein Delegierter ist noch in der Stichwahl zu wählen.) | |
| 161 | Adolf Bortel | Stendal |
| 162 | Hermann Scheibner | Stahlfeld |
| 164 | Robert Lange | Deßau |
| 165 | Paul Lingner | Bernburg |
| 166 | Hermann Klare | Halberstadt |
| 168 | Carl Schulze | Blankenburg a. Harz |
| 169 | Hermann Wient | Wittenberg |
| 170 | Alfred Weisse | Wittenberg |
| 171 | Valentin Hauer | Heidelberg |
| 172 | Wilhelm Höll | Karlshöhe |
| 175 | August Philipp | St. Johann |
| 176 | Joseph Schrotz | Kaiserslautern |
| 177 | Carl Joerg | Freiburg i. Br. |
| 178 | Friedrich Roth | Schwetzn. |
| 179 | Sebastian Röhl | Wittenberg |
| | Michael Ulrich | München |
| | Johann Wagner | |
| | Johann Gräßl | |
| 180 | Max Zimmermann | |
| | Franz Egger | |
| 181 | Georg Hintermeier | Reichenhall |
| 184 | Johann Gies | Bayern |
| 185 | Johann Riegler | München |
| | Johann Weinde | |
| 186 | Urban Engelhardt | München |
| 187 | Hermann Engler | Regensburg |
| 188 | Kaver Walter | Wien |
| 189 | Georg Gröndler | Wien |
| 190 | Baptist Schmitt | Wien |
| 192 | Joseph Scholz | Wien |
| 193 | Robert Komazil | Wien |
| 194 | Franz Koch II | Wien |
| 195 | Richard Petersdorf | Wien |
| 197 | Wilhelm Stüb | Wien |
| 198 | Wilhelm Seifke | Wien |
| 200 | Friedrich Walter | Wien |
| 201 | Ferdinand Böhm | Wien |
| 203 | Louis Memert | Wien |
| 204 | Julius Wische | Wien |
| 205 | Philipp Wolf | Wien |
| 206 | Peter Start | Wien |
| 207 | Johann Bailer | Wien |
| 209 | August Ruff | Wien |
| | August Frische | Wien |

b) Stichwahlen

Haben stattgefunden in den Wahlabteilungen 7, 11, 15, 16, 18, 27, 37, 39, 48, 50, 58, 61, 69, 74, 85, 88, 101, 107, 109, 111, 136, 140, 142, 143, 146, 147, 149, 151, 154, 155, 160, 163, 167, 182, 188, 191, 196, 199, 202, 208.

7. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Heidenreich-Nowarow 82, Wersch-Saarnund 84, Wemag-Wannsee 54, zerplittert 2. Stichwahl zwischen Heidenreich und Wemag.

11. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Bachmann-Jüterbog 38, Arndt-Ludewalde 33, Schulze-Ludewalde 25. Stichwahl zwischen Bachmann und Arndt.

15. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Starupke-Groß-Westen 41, Wunderlich-Wittenwalde 21, Lips-Wehlin 22, Schindler-Löwenberg 25, Schmege-Krausnick 55. Stichwahl zwischen Starupke und Schmege.

16. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Kirchner-Esternwerda 26, Salcke-Frühenwalde 68, Tauchnitz-Mühlberg 14, Kalksch-Fichtenberg 4, Kaler-Wodwitz 69, zerplittert 3. Stichwahl zwischen Salcke und Kaler.

17. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Hilbrich-Först i. d. L. 102, Denger-Spreenberg 81, Gallas-Spreenberg 7, Butermann-Golbus 17, zerplittert 11. Stichwahl zwischen Hilbrich und Denger.

27. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Karbe II-Gransie 14, Grün-Tempel 9, zerplittert 5. Stichwahl zwischen Karbe II und Grün.

37. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für John-100, Matinta 78, Start 32, Machate 29, Jünische 8, Scholz 1. Stichwahl zwischen John, Matinta, Start und Machate.

39. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Bittermann-Deutsch Wissa 32, Doppel-Schmidt 62, Stoller-Wilgen 16, Kofchate-Wilgen 8, Münchberger-Hundsfeld 60. Stichwahl zwischen Doppel und Münchberger.

48. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Grampa 15, Hein 23, Jürgers 16, Kriebitz 9, Schmeling 6, Trarbach 25. Stichwahl zwischen Hein und Trarbach.

50. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Heim-Hilden 24, Hainbächer-Kienfeld 44, Wid-Kienfeld 4, Wortmann-Solingen 24, Münch-Solingen 18. Stichwahl zwischen Hainbächer und Heim.

58. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Gronwald-Deutsch Gylau 61, Wangelowski-Deutsch Gylau 12, Thimm-Gylau 96, Schulz-Mariender 143, zerplittert 1. Stichwahl zwischen Thimm und Schulz.

61. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Meppin 49, Nicolaus 103, Scheer 15, Hauser 9, Neuter 15, Paffenberg 19, Pöhl 11, Gerlitz 16. Stichwahl zwischen Meppin und Nicolaus.

69. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Ritter-Hörbe 28, Schmidt-Kienfeld 40, Peters-Witten 87, Marks-Kettwig 24. Stichwahl zwischen Peters und Schmidt.

74. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Rother-Nieba 26, Bräcker-Nieba 3, Grohmann-Schütz 27, Frick-Schütz 2. Stichwahl zwischen Rother und Grohmann.

85. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Schneider 24, Maurer 5, Struth 8, Pfeiffer 21. Stichwahl zwischen Schneider und Pfeiffer.

88. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Schieferstein 31, Damm 19, Schuppe II 12. Stichwahl zwischen Schieferstein und Damm.

101. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Tschorn-Günnersdorf 42, Matern-Günthersberg 6, Kuge-Löwenberg 43, Sonnalla-Schmiedeburg 20, Diehn-Schmiedeburg 19, zerplittert 2. Stichwahl zwischen Tschorn und Kuge.

107. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Timm-Preeh 59, Bornschim-Kappeln 45, Behrens-Kienfeld 52, zerplittert 20. Stichwahl zwischen Timm und Behrens.

109. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Schmalz-Neu-Mühlstedt 16, Eggers-Zandorf-Hofe 6, Wulff-Pinnenberg 34, Hatz-Schneppen 21. Stichwahl zwischen Wulff und Hatz.

111. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Tichwald-Wittenberg 83, Schwarz-Grabow 90, Weid-Lauenberg 74, zerplittert 1. Stichwahl zwischen Tichwald und Schwarz.

136. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Schneider-Glitzberg 32, Ludwig-Kienfeld 94, Schmidt-Mühlbach 26, Hennig-Triebs 76, zerplittert 8. Stichwahl zwischen Ludwig und Hennig.

140. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Knorr-Burgstädt 62, Nittloff-Gilsha 75, Thiene-Limbach 62, zerplittert 17. Stichwahl zwischen Nittloff und Knorr.

142. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Wohlfeld-Worsdorf 59, Munderat-Golditz 79, Künze-Dach 29, Wicht-Wagen 47, zerplittert 2. Stichwahl zwischen Wohlfeld und Munderat.

143. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Reh-Mötha 47, Grödel-Mötha 12, Ruckamp-Lemba 15, Müller-Zwenkau 26, zerplittert 13. Stichwahl zwischen Reh und Müller.

146. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Triebel-Zeuchner 55, Wölfl-Wagenfeld 56, zerplittert 1. Stichwahl zwischen Triebel und Wölfl.

147. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Reinhardt-Rügen 27, Albrecht-Rügen 7, Kleine-Merxleben 31, Eichentopf-Markranitz 40, zerplittert 2. Stichwahl zwischen Eichentopf und Kleine.

149. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Böhle-Wiesen 21, Brand-Wiesen 9, Wey-Lochau 11, Waack-Schleuditz 30, Engelmann-Schleuditz 40. Stichwahl zwischen Waack und Engelmann.

151. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Schmohl-Belgern 10, Nischke-Reimberg 70, Voigt-Triebitz 62, Jänichen-Lorgau 21, Jahn-Großhitz 64. Stichwahl zwischen Nischke und Jahn.

154. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Berger-Moslow 100, Weiphal-Wismar 97, Reimer-Nitzsch 74. Stichwahl zwischen Berger und Weiphal.

155. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Meinte-Waren 98, Wendrich-Penzlin 110, Lopp-Parchim 34, Gilbrandt-Röbel 46, Ramin-Waren 9. Stichwahl zwischen Meinte und Wendrich.

160. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Spring-Gentfin 49, Priesenau-Mühlhaldenleben 65, Stegmann-Mühlhaldenleben 4, Goldgräbe-Burg 6, Magdb. 18. Stichwahl zwischen Spring und Priesenau.

163. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Schmohl-Schönbeck a. d. E. 70, Deneke II-Schadenleben 48, Frankenberger-Schadenleben 35, Wille-Seehausen 30, zerplittert 3. Stichwahl zwischen Schmohl und Deneke II.

167. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Wörfert-Luedelburg 79, Hünze-Timmenrode 76, zerplittert 14. Stichwahl zwischen Wörfert und Hünze.

182. Wahlabteilung: Vergemann-Bruck bei München 184, Bader-Dießen 14, Appel-Ingolstadt 82, Moll-Kempten 69, Gläfer-Kaufbeuren 43, zerplittert 6. Stichwahl zwischen Vergemann und Appel.

* In der 50. Wahlabteilung haben die Kollegen Heim-Hilden und Wortmann-Solingen je 24 Stimmen. Deswegen ist der Fall in der 140. Wahlabteilung, wo die Kollegen Knorr-Burgstädt und Thiene-Limbach je 62 Stimmen haben. Da in beiden Wahlabteilungen eine Stichwahl stattfindet, mußte das Los entscheiden, wer von den Kollegen als Kandidaten an der Stichwahl beteiligt sein sollte. Das Los entschied für die erstere Wahlabteilung für Kollegen Heim und in letzterer für Kollegen Knorr.

183. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Schwab-Mühlberg 90, Hofbauer-Straubing 129, Widmann-Landsbut 114, Reithauer-Landsbut 15, zerplittert 2. Stichwahl zwischen Hofbauer und Widmann.

191. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Reichel-Rattowitz 22, Neugebauer-Rattowitz 19, Paßernad-Rattowitz 4. Stichwahl zwischen Reichel und Neugebauer.

196. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Rüdiger-Berg 87, Günther-Stimmen 55, Pölow-Straßburg 62, Zimmerlees 10, Rutenmann-Triebs 7. Stichwahl zwischen Rüdiger und Günther.

199. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Petersdorf-Stettin 15, Steinförder-Jahnd 42, Mülling-Heinrichs-walde 23, Gierl-Merxleben 48, zerplittert 2. Stichwahl zwischen Steinförder und Gierl.

202. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Kunde-Bühlau 40, Harloff-Golberg 22, Stübner-Göslin 84, Pittelkow-Göslin 11. Stichwahl zwischen Kunde und Stübner.

208. Wahlabteilung: Abgegebene Stimmen für Bürger-Göppingen 61, Schramm-Heidenheim 42, Wang-Ulm 30, Sieger-Göppingen 13, zerplittert 3. Stichwahl zwischen Bürger und Schramm.

Die Stichwahlen müssen in der Zeit vom 12. bis zum 26. Juli stattfinden. Die Stichwahlprotokolle müssen bis zum 29. Juli in Händen des Verbandsvorstandes sein. Später eingehende Protokolle können keine Berücksichtigung finden.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.
Das neue Vereinsgesetz. Mit dieser Nummer des „Grundstein“ ist eine Broschüre der Generalkommission: „Die gewerkschaftlichen Organisationen und gewerkschaftlichen Versammlungen unter dem Reichs-Vereinsgesetz“ verhandelt worden. Die Empfänger des „Grundstein“ wollen die Broschüre an den Vorstehenden des Zweigvereins abgeben.

Sterberegeln darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgestellt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterberegeln.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfertigung auszuweisen ist.

Unterfertigungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 28. Juni bis 4. Juli für folgende Mitglieder erteilt:

Johann Arner-München, Verb.-Nr. 307 186; Gust. Eichler-Giltau, 213 362; Wilh. Strowig-Gumbach, 17 846; Fr. Bucher-Mühlhaldenleben, 237 836; Wilhelm Dahms-Triebs, 69 994; Karl Fink-Barmen, 52 088; Andreas Flach-Main, 115 982; Paul Kögler-Dresden (Frau), 134 349; Johann Guder-Mannheim, 317 922; Wilh. Breiter-Torgelow, 104 524; Gustav Jahn-Mannheim (Frau), 344 127; Gustav Schöffel-Giltau (Frau), 189 811; Hermann Schade-Sprottau, 365 611; Johann Conzina-Mannheim, 317 767; Gottfried Keller-Straßburg i. G., 121 661; M. Großhuf-Güter (Frau), 331 159; Fr. Wülf-Königsberg i. Br. (Frau), 80 664; W. Seydewitz-Löndorf, 378 024; Alb. Spiegel-Leipzig, 36 646; W. Kalksch-Gommersfeld, 149 527.

Geldentbungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer F. Köfer, Hamburg 1, Besenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Entbung ist auf den Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 27. Juni bis 5. Juli 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Gengenbach M. 40, Schmitt 800, Groß-Strug 18,25, Baugen 583,76, Hof 500, Grimmlau 400, Dietrich 300, Guben 250, Gollberg i. Schl. 85,60, Reckau 47,94, Hannover 3000, Nieba 600, Odeslo 298,81, Nordmann 200, Grünberg i. Schl. 132,62, Lande 124,69, Dillfeld 118,80, Bergedorf 100, Lippstadt 47,40, Brecht 28,72, Bremerhaven 123,29, Neumünster 318,03, Dirich 204,74, Erfurt 198,35, Wittenburg i. Hann. 121,50, Laufen 38, Wiesel 27,04, Hamburg 4000, Straßburg 521,99, Döbeln 400, Elmshorn 251,60, Orositz 207,66, Baurhütte, 179,45, Landsberg a. M. 171,09, Grimma i. S. 150, Düren 112,65, Stargard i. M. 100,62, Loth 86,04, Grimmen i. P. 34, Bielefeld 1400, Gera 700, Tilsit 500, Bernice 167,13, Schwedt 159, Mittenwalde 148,27, Trier 110,90, Schöneberg 100, Limbach 73,84, Oßberg 73,59, Saarau-Königsfeld 47,52, Großenhain 957,35, Colmar i. G. 544,23, Müllengrund 513,90, Mühlhaldenleben 445,64, Mühlhaldenleben 415,18, Salzwedel 378,10, Triebs 248,20, Wörlitz 67,08, Nürnberg 2,40.

b) Für Fütterale.

Guben M. 5, Lande 2, Laufen 1,50, Straßburg 5, Orositz 3, Düren 3,50, Loth 1, Bernice 2, Müllengrund 1, Mühlhaldenleben 2.

c) Für Kalender.

Dillfeld M. 1, Laufen -50, Schwedt 2,50, Colmar i. G. 30

d) Für Protokolle.

Notenburg i. Hann. M. 1, Trier 1, Schwedt 1,50.

e) „Grundstein“-Einband und -Decken.

München M. 5,50.

f) Für Bauarbeiter-Süh.

Trier 70 A.

Vom Verbandsvorstande bekräftigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingeleitet haben und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Mit verloren gemeldet sind die Mitglieder:

der Kollegen: Richard Klapproth-Breisau (Verb.-Nr. 17 408), Aug. Wille-Stendal (K. 20 749), A. Langloß-Buchum (107 768), Hermann Kalksch-Leipzig (170 402), Joh. Rattenmann-Dillfeld (180 781), Jos. Schindler-Dormitz (276 696), Heinrich

Behrens - Hannover (326 834), Conrad Alweilt - Osnabrück (386 081), Baptist Richter-Barmberg (366 635), Mich. Wallner-Jwenkau (431 960), Th. Wid-Ratowitz (443 954), Karl Gerde-Kremmen (172 161), Joh. Wajstiere-Bodum (311 770), Heinrich Winte-Deinold (180 292), August Klipping-Deinold (378 907), Fr. Nieswona-Königsberg i. Pr. (440 292), Fr. Odelgas-Gummersdorf (463 622).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37b des Statuts vom Zweigverein S. alle a. b. S.: Gustav Liebe (Verb.-Nr. 24 852), Franz Brümme (24 803), Wilh. Geigenmüller (25 441), Julius Schubert (25 477), Josef Slany (25 670), Fritz Raute (25 741), Otto Mehl (307 759), Friedrich Dorn (359 888), Gustav Schotte (25 220).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Folgende: Carl Schulte (Verb.-Nr. 24 505), G. Stehr-Schulze (24 505), Otto Hoffmann (322 965), Karl Lehmann (217 868), Heideberg (222 965), Franz Schimpf, geb. am 23. Juni 1885 zu Schriesheim (295 282), Ratibor: Ludwig-Schubert aus Volatitz (432 473).

Am Angabe seiner Adresse wird ersucht vom Zweigverein P. n. e. b. g.: Eduard Dörge, geb. am 28. März 1888 zu Pinnberg (Verb.-Nr. 32 055).

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Warnung. Der angeblich erblindete Maurer J. Thomsen, geb. am 30. Mai 1859 zu Madstrup (Kreis Sadersleben), hat sich in mehreren Zweigvereinen in Schleswig-Holstein Unterstützung ersuchen. Wie nachher daher alle Zweigvereine darauf aufmerksam, daß v. Thomsen nicht Mitglied unseres Verbandes ist, und warnen vor ihm.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Grundsteins.) Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

Vorum. Wie wenig Solidaritätsgefühl manchmal sogar organisierte Kollegen besitzen, und wie wenig andererseits die organisierten Kollegen vor den Verfolgungen der Unternehmer geschützt sind, zeigt uns ein Beispiel aus Vorum. Seit längerer Zeit arbeiteten 12 organisierte Kollegen bei dem Unternehmer D. Afermann an der Verlängerung der dortigen Stranmauer für 55 3 Stundenlohn. Da nun die genannte Arbeit sehr schlecht ist und die Kollegen außerdem noch eine halbe Stunde bis zur Arbeitsstätte zu gehen hatten, traten zwei von ihnen an den Unternehmer heran mit der Frage, ob es ihm nicht möglich sei, 60 3 zu zahlen. Der Unternehmer willigte erst ein; als es aber zur Zahlung kam, da sich es einfach, er könne keine 60 3 zahlen. Die Kollegen ließen sich das vorerst gefallen, um im Laufe der nächsten Woche die Sache zu besprechen. Dann legten sie am nächsten Sonntag zum Frühstück die Arbeit nieder. Als der Unternehmer sah, daß sich die Kollegen wohl einig waren, bequeme er sich dazu, sich schriftlich zur Zahlung von 60 3 zu verpflichten. Aber von nun an war eine „dicke Luft“ auf der Arbeitsstätte, und am Montag sagte der Unternehmer, Sozialdemokraten und Verbandsmänner könne er nicht länger beschäftigen. Tatsächlich mußten drei Kollegen, die bei der Lohnbewegung wohl die Hauptrolle gespielt hatten, die Arbeit verlassen; es waren dies zwei beurlaubte und ein unbeurlaubter. Nun sollte man meinen, die übrigen neun Kollegen hätten sich solidarisch erklärt und ebenfalls die Arbeit verlassen; aber nein, sie schämten sich ihrer Organisation und arbeiteten ruhig weiter und die Plätze der Entlassenen nahmen andere Organisierte ein und sämtliche Arbeiten jetzt wieder für 55 3. Es arbeiten hier am Orte 30 organisierte Maurer, eine Zahlstelle besteht nicht und der Vertrauensmann kümmert sich wenig um die Sache.

Danzig. (Salbfahrtsbericht.) Am 14. Juni wurden die Weitzer zu dem hiesigen Schiedsgericht der Bauinnung auf sechs Jahre neu gewählt. Wie ja eigentlich selbstverständlich, wurden die von den drei Zentralverbänden des Baugewerbes aufgestellten Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt. Obwohl die Christlichen ihren letzten Mann aus Poppot und Oliva an die Wahlurne heranschlachten, erhielten ihre Kandidaten nur 179 Stimmen, während sich auf die Kandidaten der Zentralverbände, die die Umgegend des zweiten Weges halber nicht mobil gemacht hatten, allein aus Danzig 481 Stimmen vereinigten. Das Resultat befriedigt uns natürlich bei weitem nicht, da mindestens 700 bis 900 freizugewanderte Bauarbeiter Stimmrecht hätten. Bei der Gewissheit des Sieges haben sich unsere Kollegen gefast, daß „die eine Stimme“ dabei keine Rolle spiele. Es ist dies eine Interesslosigkeit, die nicht schärf genug gerügt werden kann, da sie schließlich üble Folgen haben muß. Bei derartigen Gelegenheiten hat jeder Kollege die Pflicht, sein Stimmrecht auszuüben. Es wäre ein Skandal ohnegleichen gewesen, wenn infolge der Richtigkeit unserer Kollegen die Vertreter der Richtung gewählt worden wären, deren Führer bewußt und systematisch Streikbruch treiben und ihre Mitglieder hierzu zwingen. — Die Arbeitslosigkeit hat in diesem Frühjahr im ganzen Zweigvereinsgebiet einen Umfang gehabt, wie kaum je zuvor. Selbst die Jahre 1901 und 1902 können in keiner Weise zum Vergleich herangezogen werden. Eine recht große Anzahl Kollegen war daher gezwungen, das Zweigvereinsgebiet zu verlassen und sich anderswo Arbeit zu suchen. Wurden nicht der Krankenhausneubau, an dem

rund 100 Kollegen, und das Justizgebäude, an dem circa 50 Kollegen arbeiten, ausgeführt, dann wäre es um die Arbeitslosigkeit in Danzig noch bei weitem schlechter bestellt. Folgende Zahlen betreffen das Daniebsgebiet der Bauartigkeit. Es waren beschäftigt in Danzig im Monat Mai:

| | | | | |
|-----------|------|--------|-----|----------|
| 1899..... | 1136 | Maurer | 557 | Zimmerer |
| 1900..... | 938 | " | 492 | " |
| 1901..... | 715 | " | 428 | " |
| 1902..... | 749 | " | ? | " |
| 1903..... | 764 | " | ? | " |
| 1908..... | 481 | " | 181 | " |

Das platte Land ist fast ebenso hart getroffen wie die Stadt. Besonders in Dirschau, Fr. Stargard, Weine, Tiegendorf, Poppot, Oliva, Schönborn und Schöneberg war die Arbeitslosigkeit fast ebenso groß wie in Danzig. Viele Kollegen haben von Oktober bis Mai gefastet. Eine am 26. April in Danzig vorgenommene Arbeitslosenabklärung unter unseren Mitgliedern ergab folgendes: Es wurden insgesamt 209 Arbeitslose gezählt. Davon waren arbeitslos von 1 bis 10 Wochen 73 Kollegen, 11 bis 20 Wochen 82 Kollegen, 21 bis 31 Wochen 51 Kollegen, und 3 Kollegen waren erwerbsunfähig. Diese Zahlen lassen allerdings bei weitem nicht die schreckliche Wirkung der Arbeitslosigkeit in vollem Umfang erkennen, denn alle die Kollegen, die vom Herbst bis zum Frühjahr gefastet und am 26. April schon in Arbeit oder abgereist waren, sind hier nicht mitgezählt. Und dabei handelt es sich hier um Kollegen, die nicht zu feien genötigt sind. Wie rapide die Bauartigkeit schon im Jahre 1907 zurückgegangen ist, das ist durch nachfolgende Angaben erkennbar. Es wurden in Danzig fertiggestellt:

| Im Jahre | Neubauten überhaupt | Wohngebäude | Wohnzimmer |
|-----------|---------------------|-------------|------------|
| 1900..... | 277 | 163 | ? |
| 1901..... | 242 | 144 | ? |
| 1902..... | 313 | 134 | 2620 |
| 1903..... | 298 | 172 | 3023 |
| 1904..... | 236 | 159 | 3299 |
| 1905..... | 247 | 149 | 3299 |
| 1906..... | 209 | 172 | 5078 |
| 1907..... | 168 | 107 | 3429 |

Hoffentlich ist jetzt das Allergrößtmögliche überbunden, und die Zeit, wo Not und Entbehrungen von unseren Kollegen genommen werden, ist hoffentlich nicht mehr fern. Die Gerabehung des Reichsbankstillstandes und die eine allmähliche Besserung des Geldmarktes konstatierenden Berichte lassen diesen Schluss wenigstens zu. (Wir wollen uns diese, uns allzu optimistisch scheinende Ansicht nicht zu eigen machen. Die Redaktion.) Von der infolge unseres Tarifvertrages am 1. April eingetretenen Lohnerhöhung läßt sich im allgemeinen sagen, daß die Unternehmer diese in korrekter Weise durchgeführt haben. Nur bei einzelnen hat es etwas geklappt, und zwar bei den Unternehmern Sander und Salewski, zwei unsicheren Kantonisten, mit denen infolge ihres Bankrotts nicht allzuviel anzufangen war. Außerdem gab es noch Schwierigkeiten bei dem Unternehmer Groß. Bei diesem arbeiteten drei Christliche für 42, 46 und 52 3, die zur Veränderung dieses Zustandes selbst nichts unternahmen, und deren Leistung sich ebenfalls um nichts kümmerte, bis wir uns schließlich ihrer erbarmten und die Sache in der Schlichtungskommission zur Sprache brachten. Groß wurde darauf einstimmig verurteilt. Aber sonderbarerweise haben diese Kollegen, wohl infolge ihrer christlichen Erziehung, sich heute noch nicht den Mut geholt, ihren ihnen zugehenden Lohn zu fordern. Die Organisation hat infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit eine kleine Einbuße erlitten, die jedoch von keiner Bedeutung ist und bei etwas steigender Arbeitslosigkeit bald ausgeglichen sein wird. Zum Schluss möchten wir noch einen von dem hiesigen katholischen Arbeitersekretär Klavitter (Zischlermeister ehemaligen Angehörigen) und dem nach Vorum verlegten Bezirksleiter Koch inszenierten, gegen den Gewerkschaftssekretär Trille in Elbing gerichteten Verleumdungsfeldzug erwähnen. Trille, dem während der Reichstagswahl 1907 für Danzig-Stadt die sozialdemokratische Reichstagskandidatur übertragen war, wurde von den beiden kirchlichen Arbeiterführern einige Tage vor dem Wahltag vorgeworfen, er habe während seiner Tätigkeit in Köln mit den dortigen Konfessionären einen Geheimvertrag abgeschlossen, durch den die Arbeiter geschädigt seien. Trille sei infolgedessen ein Arbeiterverräter, und einen solchen Mann hätte die Sozialdemokratie aufgestellt. Eine Verurteilung an das hiesige Zentrumsorgan wurde damit abgetan, daß das Blatt hinterher log, es habe eine Photographie des Geheimvertrages, die Staatsanwaltschaft lehnte ein Einschreiten ab. Darauf erhob Trille Privatklage. Im Verhandlungstermin am 15. Juni wurde die lumpenhafte Handlungsweise des christlichen Klavitters ins rechte Licht gesetzt. Obwohl die Beklagten den Wahrheitsbeweis führen wollten, ergab sich auch nicht der Schimmer eines Verweises. Der berühmte Geheimvertrag entpuppte sich als ein Witzstück von einem Entwurf zu einem Lohnvertrag seitens der Konfessionäre, der einer Versammlung von 1000 Personen zur Beschlußfassung vorgelegt hatte. Trotzdem beschloß Klavitter noch die Dreistigkeit, zu erklären, Trille sei noch nicht gereinigt. Die beiden Christlichen Gaußler und Nolte aus Köln, die Trille schon einmal verurteilt hätte, hatten, obwohl sie in einem Vergleich ihre sämtlichen Behauptungen als vollkommen unbegründet preisgegeben hatten, jetzt bei der konfessionären Vernehmung wieder behauptet, daß an der Geschichte doch etwas dran sei. Also wider besseres Wissen hielten sie die Behauptungen aus, die jetzt noch aufrecht. Diese Handlungsweise der Angeklagten, die einem ehrlichen Menschen mündlings die Ehre rauben wollten, indem sie ihre Behauptungen einige Tage vor der Wahl aufstellten, um Arbeiter als Stimmhebel einzufangen, da sie wußten, daß sich Trille in ein paar Tagen nicht mehr reinigen konnte, wurde vom Gericht mit 10 resp. 20 Geldstrafe geahndet. Wie werden demgegenüber die Sünder aus unserem Lager behandelt! — Aus Anlaß der Sperre gegen den Unternehmer Schulz in Weine haben auf Betreiben der christlichen Streikregiergarden einige Kollegen aus Weine

und Kollege Grünhagen aus Danzig Anlagen wegen Bedrohung arbeitswilliger Christen erhalten. Diese Sache kann ja noch gut werden.

Versammlungsbericht. Am 18. Juni hielt unser Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab, die sich mit dem diesjährigen Verbandstag beschäftigten sollte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Wiese durch Erheben von den Plätzen gelehrt. Dann wurde die Statutenberatung vorgenommen, wozu einige Anträge auf Veränderung gestellt waren. Auch eine Resolution wurde von der Versammlung angenommen, die dahinging, daß das Gehalt der Rotalbeamteten nur von den Zweigvereinen festgesetzt werden soll. Dann wurde die Wahl des Delegierten zum Verbandstag vorgenommen. Von den vorgeschlagenen Kollegen erhielten Kollege Danz 11 Stimmen, Kollege Grünhagen 72 Stimmen, Kollege Kobusch 27 Stimmen und Kollege Treder 17 Stimmen, mithin war Kollege Grünhagen gewählt. Dann besprach Kollege Grünhagen die schon weiter oben erwähnte Wahl der Richter zum Innungsgerichtsgericht. Kollege Malowitsch ernannte die Kollegen, den Versammlungsbeschluss triffte einzufallen, wonach der Kollege, der am 1. Mai gearbeitet hat, eine Maimart leben muß. Da weiter nichts vorlag, wurde die noch ziemlich gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Dresden. Den 24. Juni fand hier eine schwach besuchte Versammlung statt. Den Bericht von der Konferenz erstattete Kollege Falkenberg. Er hob hervor, daß niemand uns heute hindern könne, auch in Sachsen Zweigvereine zu gründen. Die Konferenz habe aber beschlossen, zum Jahresabschluss die Zweigvereinsgründung vorzunehmen, wo auch die Neuwahlen stattzufinden haben. Eine dementsprechende Resolution wurde von der Versammlung angenommen. Ueber den diesjährigen Verbandstag referierte Kollege Friedrich. Er schilderte kurz die diesjährige Bewegung, die Tarifabschlüsse und den Berliner Schiedsspruch. In der lebhaften Debatte über diesen Punkt kritisierten einige Redner das Verhalten des Vorstandes bei den diesjährigen Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen; sie mußten sich aber sagen lassen, daß der Vorstand infolge der Krise im Baugewerbe und der geschlossenen Unternehmervorgängen nicht anders handeln konnte. Folgende Anträge zum Verbandstag wurden angenommen: Zu § 19 c des Statuts die Worte zu streichen: „auch während der Karenzzeit“, und am Schluß anzufügen: „während der Karenzzeit sind Arbeitslosenmarken zu kleben“; zu § 31 b anzufügen: „Beurlaubten Streikenden kann im Falle der Abreise, sofern der Lohn in dem neuen Arbeitsorte niedriger als am Streikorte ist, 80 bis 50 pht. der Streikunterstützung gezahlt werden. Streikende, die ihre häuslichen Arbeiten und Landarbeiten für sich verrichten, erhalten die Hälfte der Streikunterstützung; sie brauchen sich während dieser Zeit nur einmal täglich zur Kontrolle zu melden und sind vom Postenlohn befreit.“ Zu Delegierten wurden gewählt die Kollegen Falkenberg, Krämer, Kärnerich, Raul (Dresden), Lohmann (Stendorf) und Richter (Seidenau).

Erbing. Am 28. Juni konnte in Dorfen eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet werden. Bisher waren die meisten der dortigen Kollegen christlich organisiert. Es ist uns gelungen, einige Mitglieder von diesen, darunter auch den Vorständen, für unseren Verband zu gewinnen. Im vorigen Jahre verwendeten der christliche Massierer das Verbandsgeld dazu, sich ein paar Schweine zu kaufen. Er wurde dabei erfaßt, und die Massiere wurden vom Gerichtswohlfahrer beschlagnahmt, so daß die Christlichen ihr Geld wieder erhielten. Mögen sich die Kollegen in unserem Verbandsverband wohlfühlen.

Gießen. Der hiesige Zweigverein hielt am 27. Juni eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die trotz der sehr reichhaltigen Tagesordnung nur mäßig besucht war. Man sollte doch meinen, daß gerade jetzt, bei den eigenartigen Verhältnissen, wie sie gegenwärtig im Baugewerbe liegen, der Geist zum Versammlungsbesuch ganz besonders gut sein müßte. Es liegen ja hier die Verhältnisse etwas eigenartiger als anderswo. Unsere Kollegen wohnen alle auf dem Lande, und wenn es Feiertag ist, dann eilt jeder nach Hause. Aber bei einer solchen Versammlung müßten unsere Kollegen eine Ausnahme machen; denn wenn es uns geklappt ist, eine Versammlung von 4 Uhr an abzuhalten, dann ist allen Kollegen die Gelegenheit gegeben, sich zwei Stunden an der Versammlung zu beteiligen. Auch dürfen sie den Verlust einer Stunde Arbeitszeit nicht scheuen. Würden die Kollegen sich über das Vorgehen einzelner Unternehmer mehr unterhalten, dann würden sie eine andere Meinung bekommen, und sie würden so wichtige Versammlungen nicht so gleichgültig vorbeigehen lassen. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Kollege Schupp. Sodann erfolgte die Vorstands Wahl, die ergab, daß der bisherige Vorstand bis auf den Schriftführer einstimmig wiedergewählt wurde. Weiter wurden Anträge zum Verbandstag beraten und die Wahl eines Delegierten vorgenommen. Das Vorgehen einzelner Unternehmer wurde gerügt, und es wurde Stellung genommen, um diese Zustände zu beseitigen. Bei einem Unternehmer wird, wenn ein Arbeiter von einer Baustelle zur anderen geschickt wird, die Zeit nicht bezahlt, welche er gehen muß, um zu der neuen Arbeitsstätte zu gelangen. Auch hierzu wurde Stellung genommen, um dieses zu beseitigen. Hieran sehen wir, wie die Unternehmer die gegenwärtige Krise ausnützen. Deshalb, Kollegen, legt die Gleichgültigkeit ab und sorgt fernerhin für besseren Versammlungsbesuch!

Sagen. Die Christlichen als Streikbrecher. Diese nach den Berichten im „Grundstein“ wiederholt festgestellte Tatsache können wir auch für die unsern Zweigverein angehörende Zahlstelle Wetter a. b. R. h. feststellen, um die Streikbrecherliste der „Christlichen“ zu vervollständigen. Auf den von der Firma Diegler in Wesel in Wetter ausgeführten Kolonienbauten machte sich in einigen Bauten, die bezogen werden sollten, Kiesenlegerarbeiten notwendig. Weil nun die Firma keine Kiesenleger bekommen konnte, wurde den dort beschäftigten Maurern schon vor einigen Wochen gesagt, daß die betreffenden notwendigen Arbeiten von genannter Firma selbst ausgeführt würden; es wurden auch drei bei uns

organisierte Kollegen und zwei „Christliche“ damit beauftragt. Andere Kollegen witterten den Betrug und gaben mir am 25. Juni telefonisch Nachricht. Gleich auf dem ersten Bau legte einer unserer Kollegen, den ich kannte, sofort die Arbeit nieder, nachdem ich ihm die Sachlage erklärt hatte. Die anderen Bauherren noch zu kontaktieren, wurde mir durch die fünf bis sechs hinzukommenden Poliere und den Bauherren unmöglich gemacht. Bei dem sich abspielenden Wortwechsel erschien ohne jede Veranlassung von einer anderen Baustelle der Vorsitzende Schmalstieg von der „Christlichen“ Zählstelle in Wetter, der ebenfalls Pflichtenlegerarbeit verrichtete, um der gewohnheitsmäßigen „Christenpflicht“ zu genügen und als Hausmeister für den Unternehmer einzutreten. (Nette Vorzeichen!) Die anderen beiden Kollegen von uns, die ich in ihrer Wohnung aufsuchte, verweigerten ebenfalls die Streikfreiarbeit. Der Sozialarbeiter der „Christlichen“ in Gagen, Kollege Janßen, gab wohl beim Besprechen dieser Angelegenheit zu, daß es Streikfreiarbeit sei, konnte sich aber nicht so weit aufschwingen, zu veranlassen, daß seine Kollegen die Arbeit verweigerten. Wahrscheinlich suchte er sich diese vorzüglichen „Kräfte“ zu erhalten, weil sie ihm mit der Arbeit drohten. Nachdem ich die Streikleitung in Wannen unterrichtet und diese gebeten hatte, sich der Sache anzunehmen und zugleich ein Mitglied der christlichen Organisation mitzubringen, haben dann diese beiden „Brüder in Christo“ erklärt — nach fünf Tagen bei zwölftägiger Arbeitszeit — vom anderen Tage ab keine Pflichtenlegerarbeit mehr zu machen — weil — ja, weil die Arbeit dann fertig gestellt war und die anderen Bauten noch nicht so weit vollendet sind. Christliche Organisation und Solidarität! — o, welche Farce!

M. Seydewitz.

Derberg a. S. Am 26. Juni hat zwischen der Streikleitung und den Unternehmern eine Verhandlung stattgefunden. Wir haben es der Organisation und der Ständehaftigkeit der Kollegen, in erster Linie der Streikleitung, während der Verhandlung zu verdanken, daß der Stundenlohn von 36 S., den wir uns im vorigen Jahre errungen hatten, wieder bis zum 1. März 1910 anerkannt wurde. Der Lohn für Junggelehrten beträgt 30 S. Die Arbeit ist am Montag, den 29. Juni, bei den Unternehmern Rüster und Brakel wieder aufgenommen worden. Der Unternehmer Kolb weigert sich noch, in verschiedenen Punkten nachzugeben; hoffentlich wird er seinen Starrsinn auch bald aufgeben müssen. Den Herren Meistern von Derberg kann der Streik zur Warnung dienen. Sie werden es so leicht nicht wieder versuchen, Lohnreduzierungen vorzunehmen. Die Kollegen von Derberg werden aber erkannt haben, welchen Zweck unsere Organisation erfüllt. Deshalb ist es auch Pflicht eines jeden Kollegen, kräftig für den Zentralverband der Maurer Deutschlands zu agitieren.

Jena. Am 19. Juni tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die von 79 Kollegen besucht war. Nach Eröffnung der Versammlung teilte der Vorsitzende mit, daß über die strittige Lohnfrage ein Schiedsgericht am Orte entschieden soll, zu dem von beiden Seiten drei Mann als Schiedsrichter sowie ein unparteiischer Vorsitzender zu wählen sind. Von uns wurden die Gewerbegerichtsbeisitzer Winkler und Hegel und Arbeitersekretär Günther gewählt. Als Vorsitzender wurde der Gewerbegerichtsbeisitzer Dr. Wagner gewählt. Die Versammlung beschloß sich hierauf mit der Überführung beschäftigter bei Hartmann im Glaswerk beschäftigten. In Anbetracht der allgemeinen Arbeitslosigkeit beurteilte sie entschieden das Verhalten der dort Beschäftigten und ersucht sie, die zehnstündige Arbeitszeit strikte einzuhalten. An Stelle unseres bisherigen langjährigen Kassierers, der durch Wohnungswechsel gezwungen war, seinen Posten aufzugeben, wurde der Kollege Jelsberg gewählt. Es wurde dann beschlossen, Zusatzanträge zu den §§ 7, 18 und 29 des Statuts an den Verbandstag zu stellen. Am Schluß der Versammlung wurden die Anwesenden aufgefordert, bei dem selben Lokal stattfindende Volksversammlung zu besuchen.

Leipzig. Am 1. Juli tagte im Saale „Sanssouci“, Eisterstraße, die Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Bericht von der Unterhandlung mit dem Arbeitgeberverband vom 16. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung fragte Kollege Beschäftigt, ob die Kollegen aus den nächsten Kreisen an der Versammlung und an der Abstimmung teilnehmen könnten. Kollege Berthold antwortete, daß die Mitglieder, die in Leipzig arbeiteten und hier ihren Beitrag zahlten, auch mit über die hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beschließen hätten. Diesen Ausführungen stimmte die Versammlung zu. Nunmehr nahm die Versammlung den Bericht entgegen, wonach keine wesentlichen Verbesserungen des Vertrages zustande gekommen sind. Es entspann sich eine kurze Debatte über den Schiedsgerichtsbescheid. Der Kollege Rahmann stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Debatte, der von der Versammlung angenommen wurde. Hieran konnte man die Stimmung der Kollegen erkennen. Kollege Berthold bedauerte die Annahme des Antrages und machte auf die Folgen aufmerksam. Es wurde nun eine Wahlkommission von zehn Kollegen ernannt und die Wahl vollzogen. Das Ergebnis war, daß von 1633 abgegebenen Stimmen 211 für und 1401 gegen den Schiedsgerichtsbescheid; 21 Stimmentzettel waren unbenutzt oder ungültig. Der Kollege Berthold erwartete nun von den Kollegen, daß sie die Affordarbeit in Leipzig nicht wieder einreihen ließen, und forderte sie auf, fest und geschlossen für die Organisation einzutreten. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Lüdenscheid. Zu dem Bericht in voriger Nummer schreibt uns Kollege Peter aus Witten, daß er nicht Johann, sondern Friedrich heiße, was hiermit den Lesern mitgeteilt sei. Peter schreibt dann weiter, daß der Bericht über seine Lüdenscheider Wanddatenrede stark übertrieben sei; aber sie habe doch „gefallen“, während die Entgegnung des Kollegen Schmidt „lendenlagn“ gewesen sei. Davon habe der Bericht bei den beiden Neben Beugnissen abgesehen, und auch das Stimmenverhältnis zeige, wie die Kollegen über seine Ausführungen dachten. Schließlich meint Kollege Peter, er sei in dem Bericht „verunglimpft“ worden. Ohne uns in die übrige Sache hineinmischen zu wollen,

müssen wir aber sagen, daß diese Behauptung Peters nicht zutrifft. Peter ist in dem Bericht nicht verunglimpft worden, denn er auch bei den Lesenden und sachlich urteilenden Kollegen durch den Bericht nicht an Ansehen gewonnen haben wird; aber dafür ist nicht der Berichtsfasser verantwortlich zu machen.

Mainz. Der Zweigverein hat in der Zeit vom 1. Januar bis zum 17. Mai Erhebungen über die Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder veranstaltet, aus deren Ergebnissen hier das Wichtigste wiedergegeben werden soll. Die Erhebungszeit umfaßt 114 Arbeitstage. Von den 1263 Mitgliedern des Zweigvereins haben sich 1093 an der Statistik beteiligt. Von den 1093 Mitgliedern waren 686 verheiratet mit 1733 Kindern unter 14 Jahren. Als Maurer waren die 1093 Mitglieder nur 67 1/4 Tage beschäftigt, im Durchschnitt 61,18 Tage pro Mitglied, das sind 52,7 pZt. der Tage. Also nur etwas mehr als die halbe Zeit war den Mitgliedern Gelegenheit gegeben, im Gewerbe zu arbeiten; für 197 Mitglieder war es überhaupt nicht möglich, Arbeit im Maurergewerbe zu bekommen. Die 901 Mitglieder, die als Maurer arbeiten konnten, arbeiteten wie folgt:

| 32 Kollegen | bis 10 Tage | 81 Kollegen 60 bis 70 Tage |
|-------------|-------------|----------------------------|
| 30 | 10 | 134 |
| 51 | 20 | 111 |
| 40 | 30 | 95 |
| 40 | 40 | 66 |
| 40 | 50 | 143 |
| 78 | 60 | |

Aus dieser ziffernmäßigen Feststellung ist ersichtlich, daß nur sehr minimale Arbeitsmöglichkeit im Gewerbe vorhanden gewesen ist. Viele Kollegen haben deshalb versucht, andere Arbeiten zu bekommen, um dadurch ihre Familien vor der schlimmsten Not zu bewahren. Die zahlenmäßige Feststellung dieser in „anderer Arbeit“ beschäftigten Mitglieder zeigt folgendes Bild:

| 9 Kollegen | bis 10 Tage | 12 Kollegen 60 bis 70 Tage |
|------------|-------------|----------------------------|
| 29 | 10 | 23 |
| 36 | 20 | 19 |
| 25 | 30 | 18 |
| 21 | 40 | 62 |
| 19 | 50 | |

Insgesamt fanden 268 Mitglieder mit 17 261 Arbeitstagen vorübergehend andere Beschäftigung. In der weiteren zahlenmäßigen Wiedergabe des Ergebnisses heißt es nun, daß im ganzen 903 Kollegen an der Arbeitslosigkeit beteiligt gewesen wären. Bei dieser Zahl bemerken wir jedoch die Schlichtheit. Denn 903 Kollegen sind im ganzen an der Statistik beteiligt gewesen, davon haben 143 in der Maurerei und 62 in anderen Gewerben gearbeitet. Es müßten also 1098 weniger 205 = 893 Kollegen an der Arbeitslosigkeit beteiligt gewesen sein. Nun haben noch 66 Kollegen in der Maurerei 100 bis 110 Tage gearbeitet, was man zur Not auch noch als volle Beschäftigung gelten lassen kann, wenn auch nicht im vollen Sinne dieses Wortes. Aber dann bleiben 827 Kollegen, die unter Arbeitslosigkeit zu leiden gehabt hätten. Wir zweifeln nicht die Möglichkeit der Zahl an, aber ihre Ursprung ist aus der uns vorliegenden Statistik nicht ohne weiteres zu erkennen. Erst wenn man die später folgenden Krankheitslisten durchsieht, kann man ahnen, woher diese Zahl kommen könnte: sie sind nämlich 19 Kollegen während der ganzen Zeit krank gewesen, und zieht man die noch ab, dann erhält man die Zahl der Arbeitslosen mit 808. So wird es jedenfalls gemeint sein, aber aus der Statistik selbst geht es nicht hervor. Wir machen diese Ausstellung, ohne die ungemessene fleißige und verdienstvolle Arbeit unserer Mainzer Kollegen dadurch verkleinern zu wollen. Aus demselben Grunde ist es auch nicht nur die Mainzer, sondern auch andere Kollegen, die derartige Arbeiten auszuführen haben, darauf hinzuweisen, daß bei einer Statistik jede Zahl ihre zweifelsfreie Erklärung finden muß; denn gerade darin liegt die so oft mit Recht betonte Macht des zahlenmäßigen Beweises. Also die 808 Mitglieder waren zusammen an 32 822 Tagen arbeitslos. Bei der Durchschnittsberechnung für 1098 Mitglieder an der Statistik ergibt dies 30,15 Tage, für jeden der 808 Arbeitslosen 40,62 Arbeitstage. Die Arbeitslosigkeit umfaßt 30 pZt. der Zeit, in der die Feststellungen fallen. Bei den speziellen Ermittlungen sind folgende Zahlen festgestellt worden. Es waren arbeitslos:

| 61 Kollegen | bis 10 Tage | 27 Kollegen 60 bis 70 Tage |
|-------------|-------------|----------------------------|
| 126 | 10 | 37 |
| 163 | 20 | 36 |
| 117 | 30 | 14 |
| 128 | 40 | 28 |
| 71 | 50 | |

Ferner ermittelte die Statistik die Krankheitsstage der Mitglieder. Es waren krank:

| 80 Kollegen | bis 10 Tage | 4 Kollegen 60 bis 70 Tage |
|-------------|-------------|---------------------------|
| 106 | 10 | 5 |
| 43 | 20 | 2 |
| 15 | 30 | 3 |
| 15 | 40 | 19 |
| 6 | 50 | |

Insgesamt waren 278 Mitglieder krank mit 7895 Krankheitstagen. Aber die Zahl der Tage, welche die Mitglieder an Arbeitslosigkeit und Krankheit litten und in anderer Arbeit waren, zusammengeaddiert, der gewinnt ein lares Bild von der Gefährdung im Baugewerbe. Eine Kritik mit solchen Werten hat seit Jahren in Mainz nicht geherrscht. Die Privatwirtschaft hat fast vollkommen aufgehört. Die ganzen Arbeiten werden von der Gemeinde und vom Staat ausgeführt. Aber kaum die Hälfte der sonst in Mainz beschäftigten Maurer findet dadurch Arbeitsgelegenheit. Mit Recht nennt unser Mainzer Parteiblatt diese Zahlen eine Elendsstatistik und mit ebenso viel Recht weist es die Behörde auf die Pflicht hin, sich nicht länger um die Lösung des Arbeitslosenproblems herumzudrücken. Aber es wird hiermit gehen, wie mit so mancher anderen wichtigen Frage: man wird an ihre Lösung erst dann herantreten, wenn sich die Arbeiterorganisationen selbst geformt haben; aber man tut es dann nicht im Sinne eines legalen Pflichtgefühls, sondern aus ordnungspolitischer Spekulation.

Dattborn. Zu der am 28. Juni hier abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung waren auch die Unternehmer eingeladen worden, um mit ihnen über die Lohnfrage zu verhandeln, die sich dann auch 1 1/2 Stunden nach der festgelegten Zeit einfinden. Der Vorsitzende stellte an die Frage, ob sie gewillt wären, die Forderung anzuerkennen. Darauf erklärte der Unternehmer Bernhard Späner, daß er sich in keiner Weise veranlaßt sehe, die Forderung zu bewilligen; zumal die Bauwirtschaft keine rege sei. In demselben Sinne sprach sich Unternehmer Bachmann aus. Er bemerkte noch, daß die Forderung zu spät gestellt wäre; sie (die Unternehmer) hätten die Bauten, die sie in Arbeit haben, zu dem früheren Stundenlohn berechnet, und somit wäre es doch leicht möglich, daß es gerade jetzt schlecht angehe, die Forderung zu bewilligen. Unternehmer Schulz sprach in demselben Sinne und bemerkte, daß die Forderung doch wenigstens im Februar oder März hätte gestellt werden müssen. Der Vorsitzende konstatierte, daß die Forderung bereits schon vor Januar gestellt sei, aber keiner von den Herren Unternehmern hätte sich etwas merken lassen. Die Unternehmer erklärten, daß sie noch in dieser Woche beraten wollten, wie sie sich in dieser Sache verhalten wollen, aber am 1. Juli könne die Forderung auf keinen Fall bewilligt werden. Beschlossen wurde, falls bis zum 1. Juli nicht die Forderung bewilligt ist, am Mittwoch die Arbeit niederzulegen.

Würzen. In der am 23. Juni abgehaltenen Versammlung des hiesigen Zweigvereins sollte zunächst ein Vortrag gehalten werden, der aber wegen Nichterscheinens des Referenten ausfiel. Bei der Wahl eines Delegierten zum Verbandstag wurden die Kollegen Ulrich in Würzen und Mader in Goldb. vorgeschlagen. Gewählt wurde Ulrich mit 41 Stimmen. Hierauf forderte Kollege Ulrich die Anwesenden auf, die Mitgliedsbücher so schnell wie möglich abzugeben. Kollege Wagner stellte den Antrag, daß vor der Krankheitslistenbereinigung eine Maurer-versammlung stattfinden soll, die der Vertreter wählt. Dieser Antrag wurde angenommen. Hierauf stellte Kollege Jäger den Antrag, bei der zuständigen Behörde eine Petition wegen Errichtung einer Baubude auf dem neuen Friedhofe einzureichen. Der Antrag wurde ebenfalls angenommen. Hierauf entspann sich eine sehr lebhafte Debatte über die Kollegen, die am 1. Mai nicht von 4 Uhr ab gefeiert haben. Nachdem eine gründliche Aussprache in dieser Frage stattgefunden hatte, schloß Kollege Ulrich die von circa 65 Personen besuchte Versammlung.

Eine Demonstration

veranstalteten die Mainzer Kollegen am Nachmittage des 1. Juli. Sie war veranlaßt worden durch die Zustände an den Kasernenbauten beim Fort Elisabeth. Der Baunternehmer Heller aus Mannheim beschäftigt dort ausschließlich unorganisierte Maurer aus Dattborn, und zwar nicht zu den für Mainz geltenden tariflichen Bedingungen. Organisationsvertreter, die bei dem Unternehmer vorstellig wurden, erhielten die Zusage, daß künftig nur Mainzer Maurer beschäftigt würden. Dieses Versprechen ist jedoch nicht gehalten worden, der Bauführer wies sogar die vorkommenden Arbeitervertreter mit scharfen Worten ab. Auch das Eingreifen der Genußsteuer und die Aufforderung an den Vorstand des Mitteldeutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe, gegen den offensbaren Tarifbruch vorzugehen, sind erfolglos gewesen. Endlich hat man sich an den deutschen Zentralverband der Baunternehmer in Berlin gewandt, der noch keine Entscheidung getroffen hat. Die starke Arbeitslosigkeit in Mainz erheischte rasche Erledigung. Die beschäftigten Dattborner Maurer arbeiten solennenweise in Afford bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden — das sind Bedingungen, die in Mainz weder üblich waren, noch dem Vertrag entsprechen. In einer Versammlung, die am Nachmittage des 1. Juli abgehalten wurde, schiederten die Vertragsvertreter den Gehirg und forderten die Kollegen auf, durch einen Spätagelang nach der Baustelle zu gehen, daß man nicht gewillt ist, sich diese freche Vertragsverletzung gefallen zu lassen; man hoffe auch, dadurch die dort beschäftigten Kollegen von der Verwerflichkeit ihres Treibens zu überzeugen. Mehr als 400 Kollegen zogen darauf nach der Baustelle. Die Polizei (Mainz ist nicht preußisch) berief sich anfänglich, wenn sie auch in starker Zahl anwesend war. Aber die Kommandantur mußte doch wenigstens die Ehre des deutschen Namens wahren. Sie hatte die Mannmacht heraufgeholt, die ihre Uniforme mit scharfen Patronen laden mußte. Andere Soldaten mußten eine Abschrift zum Gebrauch fertig machen. Natürlich dachten die Demonstranten nicht daran, den Veranlassern dieser Vorbereitungen Gelegenheit zu geben, sich als Vetter des Kapitals aufzuführen zu können. Sie zogen in würdiger Haltung vorbei und brachten vor der Arbeitsstelle ein donnerndes Hoch auf die freien Gewerkschaften aus. Wennfalls ruhen die Mainzer Kollegen nicht, sondern setzen ihren Kampf gegen die Vertragsverletzung in geeigneter Weise fort.

Verband der Isolier- und Steinholzleger Deutschlands.

Wie wir den Ortsvereinen durch Rundschreiben mitteilen, befinden sich die Isolierer der Firma Saade & Co. in Gelle im Streik. Der Gehirg ist kurz folgender: Die Firma verlangte, daß eine Anzahl Kollegen mit dem von der Firma ernannten Montagemeister eine größere Arbeit in Afford ausführen sollte. Da nun der Montagemeister schon einen höheren Stundenlohn als die Isolierer bekommt, und auch an dem etwaigen Überfluß in höherem Maße als alle übrigen teilnehmen sollte, beschloßen die beteiligten Isolierer, bei der Firma vorstellig zu werden und zu beantragen, daß ein verlässlicher Überfluß gleichmäßig verteilt werden solle. Dies nur billige Verlangen wurde von der Firma rundweg abgelehnt und die dafür eintretenden Kollegen kurzerhand entlassen. Die Antwort hierauf war die Arbeitsbestellung von 28 Kollegen am 30. Juni. Die Kollegen hätten vielleicht nichts gegen eine höhere Entlohnung des Montagemeisters, wenn er der Entlohnung Rechnung tragen und auch seine Leistungen danach einrichten würde. Da dies aber nicht zutrifft und seine Leistungen nicht höher als die der übrigen zu bewerten sind, so ist es nicht

recht verständlich, warum nun gerade der Montagemeister durch die Kasse seiner Kollegen einen höheren Lohn erhalten soll. Die Kasse der Kollegen ist der Meinung, daß es früher bei der Firma Haacke, ohne Montagemeister ging und daß es auch noch weiter ohne einen solchen gegangen wäre. Wenn nun die Firma Haacke das Bedürfnis fühlt, einen Montagemeister anzustellen, so werden die Kollegen am allerwenigsten etwas dagegen einzuwenden haben. Sie nehmen aber das Recht für sich in Anspruch, sich dagegen zu wehren, demselben auf ihre Kosten einen Extravergelt zu zahlen zu lassen. Wenn der Montagemeister einen höheren Lohn als seine früheren Kollegen verdienen will, so mag entweder die Firma für ihren Angestellten sorgen, oder aber, er hätte nicht Montagemeister werden sollen. Es ist geradezu verwerflich, bei den niedrigen Arbeitslöhnen, die bei der Firma Haacke gezahlt werden, noch zu verlangen, die Aufwendungen für den Montagemeister aus den Kassen der Kollegen herauszuschinden.

Kollegen! Welches Regiment die Firma Haacke nicht nur in Gelle, sondern auch in ihren, abgesehen in Deutschland bestehenden Filialen führt, ist Euch fast allen bekannt. Insbesondere die Kollegen, die schon für diese Westfirma arbeiten, können darüber Auskunft geben. Alle Bestimmungen der Kollegen zur Verbesserung ihrer Lebenslage und Gleichstellung mit den Kollegen in Hannover, Berlin, Leipzig usw. wurden bisher von der Firma in brutalster Weise mit allen Mitteln unterdrückt.

Es kann hier jedoch nicht umgesehen werden, daß ein gut Teil Schuld bei der Firma Haacke & Co. befristeten Kollegen selbst haben. Sollten sie sich nicht so gleichgültig den Organisationsbestrebungen ihrer Kollegen gegenüber verhalten, es wäre vieles anders. Deshalb sind auch die bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen eher verschlechtert, als verbessert worden, während überall, auch in den rückständigen Orten, ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Hoffen wir, daß die Kasse der Kollegen aus diesem Willkür der Firma Haacke & Co. die beherzigenswerte Lehre ziehen, daß sie nur als eine geschlossene Masse imstande sind, etwas zu erreichen.

An unsere Kollegen in den auswärtigen Filialen der Firma Haacke & Co. richten wir das Ersuchen, sich der Forderung der Kasse der Kollegen anzuschließen und strenge Solidarität zu üben. Ebenso ersuchen wir die auf Bauten befristeten Maurer- und Bauarbeiter, darauf zu achten, daß keine Streikarbeit für die Firma Haacke & Co. fertiggestellt wird. Nur wenn alle Kräfte zusammenwirken, wird es möglich sein, die Anerkennung der Organisation auch bei der Westfirma Haacke & Co. zu erzwingen und den dort befristeten Kollegen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 28. Juni bis 4. Juli sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Neumünster M. 600, Steglitz 500, Gedenkt 800, Friedenau 250, Nauen 220, Altona 200, Driesen 200, Leipzig 200, Lübeck 200, Templin 200, Alt-Damm 150, Bellen 1. B. 150, München 180, Krieg a. d. 100, Frankfurt 100, Gernrode 100, Groß-Bartenberg 100, Nord-Parabios 100, Dypau 100, Hofkan 1. B. 100, Stavenhagen 100, Helgen 100, Walsdorf 98,20, Münster-Ober-Bahrn 70, Götze 60, Remberg 50, Ohlau 50, Biersdorf 40, Wörlitz a. Rh. 25,86. Summa M. 4584,08.

Zufüsse erhielten: Stettin: M. 800, Wörlitzhof 300, Mienstedt 300, Brandenburg a. d. 200, Wittenberg 100, Neuenhagen 150, Döhlitz 100, Rastau 1. B. 100, Obernau 100, Neuzelle 60, Gölzow 60, Quabitzburg 60, Felsenberg 60, Fricke 60, Worms 60, Alsterode 30, Hilders 30. Summa M. 2710.

Altona, den 4. Juli 1908.

H. Klätsch, zweiter Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Vorgesch. Am 3. Juli stürzte der Bauhilfsarbeiter Bernard Wöber von der Wallenlage eines von Unternehmer Mund ausgeführten Neubaus ab und war in wenigen Minuten eine Leiche. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. Die Ursache war äußerst mangelhafte Abdeckung. Mit der Unfallversicherung steht es in Vorgesch. sehr traurig aus. Als dieser Bau richtig fertig war (er ist ein einstöckiges Gebäude), wurden auf der Wallenlage vereinzelt einen halben Zoll starke Nipfelbreiter gelegt und von hieraus wurde das Dach aufgestellt. Nun waren einige Leute dabei und mauerten die oberen Fachwände aus. Hierzu hatten sie fünf Gerüstbretter auf die Wälle gelegt. Als nun Wöber Material hinauf brachte und von der Leiter abtrat, stürzte er ab; wohl infolge eines Festtritts. Wäre die Wallenlage abgedeckt gewesen, so hätte dies nicht passieren können. Die Arbeiter in Vorgesch. werden bei der augenblicklichen schrecklichen Konjunktur miserabel behandelt. Als vor einigen Wochen ein Arbeiter von der Baugewerkschaft in die Kasse und den Kassen eines Baues auf die mangelhafte Abdeckung aufmerksam machte, wendete sich dieser an den Unternehmer und forderte Breiter zur Abdeckung. Da wurde ihm die rigorose Antwort: „Sorgt nur erst, daß wir bessere Preise kriegen, dann können wir Wälle abdecken.“ Es sind hier vier Baugewerksmeister, die sind sich, wenn es gegen die Arbeiter geht, einig wie ein Mann; handelt es sich aber um die Erlangung von Bauten, dann werden die Preise gedrückt, und dann sagen sie, die Arbeiter sollen ihnen die Preise bessern helfen. Das ist gar nicht unsere Sache; wir haben uns zu organisieren und bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen; das ist das einzige Mittel, um die Unternehmer zu erzwingen.

Gunnarssdorf i. B. Am 26. Juni brach der Kollege Simon durch eine Decke von Zementplatten und stürzte 2½ m tief ab. Er erlitt innerliche Verletzungen. Die Schuld trifft die Zementwarenfirma Concord, die defekte Platten geliefert hat.

Neumünster. Am 6. Juli, morgens 7½ Uhr, stürzte am Neubau des Maurermeisters Ränge, Wascheckert, der Maurer Robert Einig aus Schwerin i. M. infolge eines Festtritts beim Überlegen der Sellaie circa anderthalb Etagen an der Front herunter. Der Verunglückte wurde mittels Droßke nach dem städtischen Krankenhaus überführt.

Oppeln. Am 2. Juli verunglückte der Kollege Franz Batzel beim Abbruch des Formhotels. Man hatte einem Gewölbe des Wölbtragers genommen, ohne daß man es von oben sehen konnte. Batzel ist daraufgetreten und stürzte mit dem Gewölbe in die Tiefe, wo er sich beratliche Verletzungen zuzog, daß er wohl längere Zeit arbeitsunfähig sein wird. Batzel kam noch vom Glück lachend, denn wenn das eingestürzte Gewölbe auf ihn gefallen wäre, so wäre er sicher erschlagen worden.

Meitenberg. Am 3. Juli verunglückte der Maurer Georg Reck auf einem vom Unternehmer Theodor Schulte ausgeführten Fabrikbau. Reck war auf dem Dach beschäftigt. In einer Stelle, wo die Sparren ausgewechselt und bloß mit Nägeln zusammengeheftet waren, brach er durch und fiel ungefähr 4½ m tief auf eine Betondecke, er hat sich schwere Verletzungen zugezogen. Am selben Tage verunglückte der Maurer Anton Bach auf einem vom Unternehmer Schwarz ausgeführten Neubau. Bach hat die Schür hochgehen wollen, wobei er sich etwas weit über eine Fensterleiste gestellt hat. Dabei haben sich einige Steine gelöst, so daß Bach den Kopf verlor und etwa neun Meter in die Tiefe stürzte. Eine traurige Folge des „Lieberbald“-Mauers und des Fehlens jeglicher Schutzvorrichtungen.

Burg. Am 3. Juli stürzte beim Neubau des Wasserwerks in Rönigs das Deckengewölbe ein. Von den da beschäftigten Maurern wurden glücklicherweise sechs Mann nur leicht verletzt. Das Unglück soll infolge unvorsichtiger Ausschalen des Gewölbes entstanden sein. Die Verletzten konnten noch im Laufe des Tages die Arbeit wieder aufnehmen.

Submission. Bei der vor einigen Tagen stattgefundenen Submission für die Entwässerungsmauer von über 1000 m für die Eisenbahnhauptwerkstatt in Mecklenburg wurden folgende Offerten abgegeben: Meyer & Lange, Gelsenkirchen, M. 15886, Heinrich Meining, Dörfen, M. 18724, Karl Brand, Düsseldorf, M. 11800,25, Gust. Neumann, Essen, M. 1484,50, Anton Kruse, Mecklenburg-Ort, M. 6887, Götting, Bismarck i. B., M. 5910,40, Hugo Stallhorn, Mecklenburg, M. 5587,41, Herrn. Gerg, Mecklenburg, M. 4675,75. Die Differenz zwischen dem Höchst- und dem Niedrigstgebot beträgt M. 11210,25, also gut 2½ Mal soviel wie die niedrigste Offerte. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß nur Arbeitslöhne in Rechnung zu stellen waren, das Material liefert die Verwaltung. Tüchtige Rechnet, diese Baumeister!

Aus anderen Berufen.

Generalversammlungen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hielt vom 24. bis 29. Mai in Stettin seine 7. Generalversammlung ab. Es waren 146 Delegierte anwesend, außerdem 8 Vertreter vom Vorstand, Aufsicht, Redaktion und Pressekommision, ferner 21 Gewerkschafter und einige Vertreter ausländischer Organisationen. Die Stettiner Holzgewerkschaft wollte es sich nicht nehmen lassen, zu zeigen, daß sie das neue Vereinsgesetz noch nicht lapidiert hatte. Sie sandte zwei Beamte zur Überwachung des Verbandstages, und es bedurfte erst einiger Mühe, um der Behörde klarzumachen, daß sie zu so etwas kein Recht mehr habe. Nach dem Vorstandsdirektor belief sich die Zahl der Lohnbewegungen in den Jahren 1906 und 1907 auf 1974 gegen 1769 in den beiden vorhergehenden Jahren. In 1074 Fällen ging es ohne Arbeitslosigkeit aus. Es fanden 515 Angriffsstreiks, 260 Abwehrstreiks und 125 Ausperrungen statt. Die Bewegungen verursachten M. 4 782 148 Kosten. Die Mitgliedszahl betrug am Ende des abgelaufenen Jahres 149 501 in 787 Zahlstellen. Vorstehender Bericht behandelte bei der Berichterstattung, daß stellenweise die Disziplin immer noch zu wünschen übrig lasse. Es sei unangenehm, wie leichtfertig sich manche Mitglieder und sogar Sozialdemokraten über die Schwierigkeiten der jetzigen Situation hinwegsetzten. Auch auf die Kasse werde nicht die dringend nötige Rücksicht genommen. Das vor einigen Jahren soviel beschworene „Hilfsbedürfnis der Gewerkschaften“ habe sich nirgend gezeigt. Im Gegenteil, die Ortsvereinigungen glaubten vielfach, der Verband leide Schaden, wenn nicht alljährlich „Lohnbewegungen“ werde. Die Extrabeträge hätten nicht das volle Ergebnis gebracht, das sie haben sollten. Stettin M. 4 bis M. 6 brachte sie pro Kopf nur M. 8,57. Nachdem der Vorstand der sozialdemokratischen Partei einen Aufruf erlassen hatte, der zur höchsten Vorhut bei der Meißner Mahnung, hielt es der Vorstand für seine Pflicht, noch einmal die Mitglieder zu bitten, von der Arbeitsruhe am 1. Mai möglichst Abstand zu nehmen. Die Mahnung hatte Erfolg, und nur an einigen Orten kam es zum Kampfe, zum Teil, weil die Unternehmer durch Aushängen der Plakate mit den Ausperrungsdrohungen die Mitglieder zur Arbeitsruhe angezogen hatten. Unterstützung erhielten nach der Entscheidung des Vorstandes nur die Mitglieder, die am 1. Mai gefeiert haben — soweit sie Anspruch darauf haben, nicht aber die, die am 1. Mai gearbeitet haben und dann entweder mit ausgereperrt wurden oder sich mit den Ausgereperten solidarisch erklärten. Nachdem der Parteivorstand und die Generalkommision ihre betreffenden Vorschläge gemacht hätten, sei es dem Vorstand nicht möglich gewesen, etwas daran zu ändern. Die Berliner Holzleute habe in der ersten Maiwoche allein M. 29 000 ausgehört müssen. Ueber die Erfolge der Meißner Mahnung in der Parteipresse, leider oft falsch übertriebene Berichte gebracht. Für die Agitation solle, sobald etwas mehr Ruhe herrsche, mehr geschehen. Rücksicht sei jetzt weniger notwendig für Klagen gegen die Polizei, dagegen mehr wegen Privatklagen auf Schadenersatz. In Hamburg habe das Amtsgericht die Verbandskasse veranlaßt gemacht, weil die Sozialverwaltung Vertragsbrüche begangen haben sollte. Die Untersuchungen müßten strenger kontrolliert werden. Der Kassierer sah sich in seinem Bericht unter anderem veranlaßt, die vielen Unterschlagungen zu beklagen. In der Diskussion über die Meißner Mahnung die meisten Redner, daß es notwendig sei, die Arbeitsruhe aufzugeben. Ein Antrag, am Götter Gedächtnis festzusetzen, bis ein neues Übereinkommen zwischen Partei und Gewerkschaften ergäbe, war nicht angenommen. Der wichtigste Punkt der Tagung war die Stellungnahme zur Lohnbewegung bezug. zu den verschiedenen Tarifabschlüssen, die eine recht anregende und tiefgreifende Diskussion hervorrief. Die angenommene Resolu-

tion, ein Kompromißprodukt, spricht sich im Prinzip für Tarifverträge aus, erachtet jedoch die Zeit für den Abschluß eines Reichstags noch nicht für gekommen. Auch könne den Arbeitgebern noch nicht das Vertrauen geschenkt werden, daß sie ernsthaft gewillt seien, auf Grund eines solchen allseitigen der Holzarbeiter angemessene Arbeitsbedingungen zu gewähren. Statt dessen empfiehlt der Verbandstag dem Vorstande die Förderung des Abflusses von Tarifverträgen für die einzelne Stadt oder den einzelnen Bezirk nach den bisherigen Grundsätzen. Mit der bisherigen Tätigkeit des Vorstandes auf dem Gebiete der Tarifverhandlungen erklärte sich der Verbandstag einverstanden. In betreff des Gehalts der Vorstandsmitglieder wurde keine Änderung getroffen. Nur der erste Vorsitzende, Reipart, soll in Anbetracht seiner Verdienste zwei Jahreslöhne der Gehaltskala überpringen. Reipart wollte zu Gunsten der Hilfsarbeiter beim Vorstand verzichten, was jedoch von der Generalversammlung abgelehnt wurde. Die Anträge auf Entlassung der Vorstände wurden abgelehnt; jedoch wurde der Vorstand beauftragt, der nächsten Generalversammlung Material über die Unzulänglichkeit vorzulegen. Ebenfalls wurde abgelehnt, die Unterhaltungsätze zu erhöhen. Der Sitz des Vorstandes und der Redaktion soll nach Berlin verlegt werden. Zum ersten Vorsitzenden wurde H. Reipart gewählt, zum zweiten Vorsitzenden Wilhelm Schmegeß, zu Sekretären Gustav Becker (für die Agitation und Streikleitung) und Hermann Wapke (neugewählt); bisher Cassierer in Erfurt, zum Kassierer Fritz König.

Der Lederarbeiterverband hielt seine Generalversammlung vom 17. bis 22. Mai in Frankfurt a. M. ab. Da die Verammlung der verschiedenen Organisationen aus einem Inbegriff der Lederarbeiter, der schon längere Zeit erwogen und jetzt durchgeführt worden ist, auf der Tagesordnung stand, sind auch Vertreter der in Betracht kommenden Verbände anwesend, um ihre Stellung zur Verammlung darzulegen. Aus den Ausführungen dieser Verbandsvertreter geht hervor, daß die Schuhmacher für einen umfassenden Inbegriffverband sind, aber auf die Verammlung mit dem Lederarbeiterverband allein keinen Wert legen. Die Vertreter lehnen die Verammlung ab, während die Handwerksmeister zunächst die Verammlung mit den Lederarbeitern anstreben, aber auch dem allgemeinen Inbegriffverband sympathisch gegenüberstehen. Die Sattler wiederum stehen der Gründung eines Inbegriffsverbandes ziemlich kühl gegenüber, für sie käme zunächst die Verammlung mit den Portefeuliers in Betracht, die aber ihrerseits keine Verammlung zeigen. Nach eingehender Diskussion wurde die Vornahme einer Urabstimmung über die Frage der Verammlung beschlossen; auch in den anderen Verbänden soll eine beratende Abstimmung angeregt werden. Die Vertreter der Organisationen, die sich in ihrer Mehrheit für die Verammlung erklärt haben, sollen dann zur Erzielung der Formalitäten in einer Konferenz zusammenzutreten. Beschlossen wurde ferner, die Gewerkschaftenunterstützung einzuführen. Der wöchentliche Beitrag beträgt für weibliche Mitglieder 25 Pf., für die männlichen Mitglieder werden zwei Klassen mit 50 und 65 Pf. Beitrag eingeführt. Die Kranken- und Unfallunterstützung beträgt für weibliche Mitglieder je nach der Dauer der Mitgliedschaft M. 1,80 bis 2,25 wöchentlich, für männliche M. 2,80 bis 4,50 beziehungsweise M. 4,50 bis 5,40. Die Arbeitslosenunterstützung am Ort ist höher, sie schwankt in den drei Beitragsklassen von M. 3 bis 12 wöchentlich. Die Streikunterstützung beträgt in den drei Beitragsklassen M. 6, 12 und 14. Die Gehälter der Angestellten wurden in der Weise festgesetzt, daß das Gehalt der Vorstandsmitglieder von M. 2000 bis 2700, das der Gewerkschafter von M. 1800 bis 2400 und das der Ortsbeamten von M. 1800 bis 2100 steigt. Der Sitz des Verbandes bleibt in Berlin. Die jetzigen Beamten wurden wiedergewählt.

Der Zentralverein der Formschneider tagte am 8. Juni in Berlin. Der Verband zählt 422 Mitglieder und hat schwer unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden. Auf der Generalversammlung wurde besonders die Verammlung mit dem Generalverband besprochen. Bei einer früheren Urabstimmung wurde die erforderliche Mehrzahl nicht erreicht; es soll nun noch einmal abgestimmt werden. Die Streikunterstützung wurde erhöht und ebenso der Beitrag, die Unterstellung eines besoldeten Geschäftsführers aber abgelehnt.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* Die Frage gegen die Krankenkassen ist international, wie das russische Bulletin mitteilt. Die Vereinigung der russischen Eisenindustriellen gab vor einiger Zeit, als eine Kommission von Regierungs- und Unternehmervertretern über die Einleitung einer Versicherungsabstimmung beriet, eine von einem Arzt (I.) zusammengestellte Broschüre heraus, in der es von den deutschen Krankenkassen hieß:

„Es ist klar, daß, wenn auch nicht alle, so doch viele Krankenkassen (in Deutschland) neben der ökonomischen Rolle, zu der allein sie ihrem Wesen nach berufen sind, allmählich einen politischen Charakter angenommen haben. Es ist z. B. bekannt, welche Rolle die Krankenkassen bei der Erklärung irgend eines großen Streiks in einer großen Gruppe von Betrieben spielen; alle Streikenden, die einen Husten oder Schnupfen, einen kranken Zahn usw. als Vorwand aufweisen können, befreien sich, ein Krankenbillet zu erlangen und finden in der Krankenkasse fremdliche Aufnahme während der ganzen Dauer des Streiks.“

Eine solche Verleumdung hat weder der Reichsverband, noch — was noch mehr sagt — Magdan bisher gemagt. In Russland wird es natürlich von den Gewerkschaftern gern geglaubt und als Vorwand benutzt, die Arbeiter auch auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung zu knechten.

* Keine freie Arztwahl. Am 11. und 12. Juni wurde in Berlin im Reichstag des Innern unter Vorsitz des Staatssekretärs v. Reichenow-Göllow eine Beratung von Sachverständigen aus den Kreisen der staatlichen und kommunalen Verwaltungen der Krankenverwaltungen und der größten ärztlichen Gruppen abgehalten, worin eingehend über einige wichtige Reformen für die bevorstehende Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes diskutiert wurde.

An dieser Beratung nahmen zwei bekannte Sozialdemokraten als Vertreter großer Krankenkassen, Großhändler-Beitrag und Groß-Frankfurt a. M. teil. Auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Magdan, der sich schon so oft im Reichstage durch Verunglimpfung der Sozialdemokratie in Rücksicht auf die Krankenkassen hervorgetan hat, war als Gutachter zugezogen. Auf-

fallend ist, daß die Konferenz beschloß, ihre Verhandlungen geheim zu halten. Die „Voll. Ztg.“ ist aber trotzdem in der Lage, etwas Durchgeleaktes mitzuteilen, nämlich: daß eine Aussicht auf gesetzliche Einführung der freien Kassen in die Krankenkassen nicht vorhanden ist. Andererseits werde die kommende Gesetzgebung sicherlich das Vertragsverhältnis zwischen Vorgesetzten und Krankenkassen zum Nutzen der Ärzte und ohne materielle Schwächung der Krankenkassen sichern durch Einführung obligatorischer Schlichtungs- und Einigungs-Kommissionen. Nach negativer Richtung hin sei bemerkenswert, daß weder die Ausdehnung der Versicherung über 2.000 hinaus noch die Zentralisation der Ortskrankenkassen besprochen wurde. Die seinerzeit von dem Krankentag gestellte Forderung, einen eventuellen Kurzweg der Kassenärzte einzuführen, habe die Mißbilligung aller Ärzte gefunden.

Reform der Arbeiterversicherung. Die Regierung hat immer noch nicht für nötig befunden, ihre Pläne, betreffend die Reform der Arbeiterversicherung, zu veröffentlichen. Kürzlich aber war, wie wir mitgeteilt haben, das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ in der Lage, etwas von den „Grundrissen“, die die Regierung entworfen hat, mitzuteilen. Jetzt veröffentlicht daselbst eine Reihe weiterer Bruchstücke aus den Grundrissen. Ueber die Krankenkassen heißt es da:

„Zur Befämpfung der mannigfachen Uebelstände, welche die gegenwärtige Zerstückelung des Krankenkassenwesens im Besonderen, die Schaffung größerer und leistungsfähigerer Kassenverbände angeht. Dabei muß dem auf Grund geschichtlicher Entwicklung nun einmal bestehenden Zustande Rechnung getragen werden. Beibehalten sind deshalb die vorhandenen Arten der Kassenorganisation, die sich bewährt haben und in den Rahmen der Neuorganisation hineinpassen.“

Die Zentralisierung soll durch einmal durch weitgehende Gleichrichtung und Förderung der freiwilligen Verschmelzung mehrerer Einzelkassen und sodann durch die allgemeine gesetzliche Einführung des Zusammenschlusses sämtlicher Kassen eines Bezirks zu einem Verbande erreicht werden.“

Demnach bleiben neben den Ortskrankenkassen die besonderen Kassenarten des Krankenversicherungsgesetzes — Betriebs-, Bau-, Innungs- sowie Knappschaftskassen nach wie vor ungeschaffen.“

Es folgen Vorschriften über Wegfall der Gemeindefrankenversicherung, Errichtung von Landkrankenkassen für die Versicherung der Landarbeiter (wo keine Landkrankenkasse errichtet wird, werden die Landarbeiter den Ortskrankenkassen zugewiesen), über Gleichrichtung der Kassenleistungen, über Einspruchsrecht der Ortskrankenkassen gegen die Neuerrichtung von Sonderkassen, falls durch dieselbe der Bestand von Orts- und Landkrankenkassen gefährdet wird, von dem freiwilligen Zusammenschluß von Ortskrankenkassen, auf welchen mit Nachdruck im Verwaltungsweg hingewirkt werden soll, über die Auseinandersetzung im Falle des Zusammenschlusses u. dgl. m. Für die Ortskrankenkassen soll grundsätzlich der Übergang nach Bezirken der Vorzug vor der bisherigen, überwiegend berufsgenossenschaftlichen Gliederung gegeben werden.

Was die innere Organisation der Krankenkassen anbelangt, so sollen grundsätzlich die Rechte und Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich sein und die Beiträge je zur Hälfte geteilt werden.

Auch auf dem Gebiete des Unfallversicherungswesens sind Änderungen vorgesehen, u. a. soll den Berufsgenossenschaften das Recht der Rentenfestsetzung beschränkt werden. Es soll eine Festsetzungs-Kommission geschaffen werden. Darüber heißt es in den Grundrissen:

Somit auf dem Gebiete der Unfallversicherung als auch auf dem der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung soll für die Feststellung der Entschädigungen in dem Versicherungssamt eine unparteiische, den einschlägigen örtlichen und persönlichen Verhältnissen nachstehende erste Instanz im eigentlichen Sinne geschaffen werden, bei der Arbeitgeber und Versicherte in paritätischer Vertretung sowie der Vorgesetzte in einem mündlichen Verfahren mitwirken. Es übernimmt also für alle hier genannten Zweige der Arbeiterversicherung das Versicherungsamt die Tätigkeit, die in den Fällen der Invalidenversicherung durch die §§ 57 ff. und 79 ff. des Invalidenversicherungsgesetzes den unteren Verwaltungsbehörden oder Rentenstellen übertragen worden ist, mit der sehr wichtigen Maßgabe jedoch, daß an Stelle der bloßen Begutachtung der Anträge auf Bewilligung von Renten, der Entscheidung von solchen z. B. die Beschäftigung hierüber tritt. Das Versicherungsamt ist dabei auch zur Entscheidung über Anträge der Versicherten und der Versicherungsträger in denjenigen Fällen zuständig, in welchen eine Änderung der Feststellung infolge Veränderung der Verhältnisse erforderlich wird, also bei Erhöhung, Senkung, Aufhebung oder Entziehung der Leistungen der Versicherungsträger. Das gleiche gilt für die Einstellung von Rentenzahlungen in den Fällen des Ausfalls der Rente und für Kapitalabfindungen. Eine einstellige Änderung einmal festgestellter Renten durch die Träger der Versicherung findet nicht mehr statt. Dagegen verbleibt den letzteren die alleinige Entscheidung über die Gewährung der vom Gesetz zugelassenen rein freiwilligen Leistungen. Hierin gehören beispielsweise die Erhöhung der Zeitrenten bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit, die Gewährung von Witwenrenten, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen ist, von Kinderrenten bei Belegen des Vaters.“

Das ist gar ein argerer Unternehmerrtum hat bereits mobil gemacht gegen diese Pläne der Regierung. Der am 16. Juni in Kiel abgehaltene Berufs- und Gewerkschaftstag, an welchem der Staatssekretär des Innern Dr. v. Westmann-Holweg selbst teilnahm, hat diesem Herrn grimmige Feinde geknüpft. In einer angenommenen Resolution werden seine die Unfallversicherung betreffenden Abänderungsvorschläge entschieden verworfen und es wird geradezu verlangt, daß man den Wünschen der Unternehmer weitgehend Rechnung trage. In demselben Sinne hat die in Korbach abgehaltene Tagung der nördlichen Holzberufsgenossenschaft sich ausgesprochen.

Wird denn nun endlich der Herr Staatssekretär seine Vorschläge authentisch veröffentlichen, damit die in allererster Linie Interessierten, die Arbeitnehmer, dazu Stellung nehmen können?

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Schüttgen, Paul Singer) ist jeder das 40. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Akademische Karteile.

Die amerikanische Krise. Von L. W. Doudin (New York). I. — Der sogenannte urchristliche Kommunismus. Ein historisch-kritischer Aufsatz. Von Dr. H. K., Kandidat der Theologie. — Das rechte Wort zur rechten Stunde. Von Theresia Schlegel. — Die Arbeiterbewegung in Bosnien und der Herzegovina. Von W. Sepanek (Wien). — Literarische Rundschau: Adolf Braun, Die Karibverträge und die deutschen Gewerkschaften. Von Gustav Hoch, Samau a. M. Emil Bouquet, Die Gewerkschaft. Von ad. Dr. Lo Second Empire 1852—1870 par Albert Thomas. Von G. H. Nappoport. — Zeitschriftenschau. — Bibliographie des Sozialismus.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der „Wahre Jacob“ Nr. 14 des 26. Jahrgangs. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Die preussische Dreifaltigkeit“ und „Der Eisbär und der Löwe“. Der textliche Teil der Nummer bringt außer zahlreichen weiteren Beiträgen in Poesie und Prosa noch die Essays: „Gemas Bräutigam“ von Hans Gyan. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

Elbing. Ehrenerklärungen soll man nie dem „Grundstein“ zufinden, da sie dann doch nur der Papierförmigkeit sehr bedürftig.

Wetter a. d. Ruhr, Kassierer. Die Geschichte ist doch zu bedeutungslos, als daß wir den Namen des „Grundstein“ damit vergelten sollten. Wir müssen die Aufnahme ablehnen.

Klein-Zembusch, K. K. Nach § 5 des Statuts gehören die Revisionen nicht zum Zweigvereinsvorstand, sondern bilden (§ 7) eine besondere Körperlichkeit. Da sich ihre Tätigkeit auf die Kontrolle der Buch- und Kassensführung beschränkt, so ergibt sich daraus keine Verpflichtung, allen Sitzungen des Vorstandes beizuwohnen. Daraus beantwortet sich Deine Anfrage von selbst: die Revisionen sind berechtigt, an jeder Sitzung des Vorstandes teilzunehmen; sie sind dazu verpflichtet, wenn der Vorstand ihre Teilnahme für erforderlich hält.

Birna. Wir haben die Mahnung beherzigt und den Bericht von der Versammlung am 23. 6., der ebenfalls nicht untersteht, war dem Papierförmigkeit geopfert.

Danzig, G. Gebuhl! Gebuhl! Bei dem chronischen Raumangel konnten wir nicht früher damit kommen. Berichte, die wie dieser allgemein gehalten sind, müssen dann zunächst zurückbleiben.

Neigendörfer, G. Ja, die Sonntage werden als Karenztage mitgezählt.

Gr. Viefersfeld. Die Klage über W. haben wir zur weiteren Verfolgung der Sache an den Vorstand gegeben. Zur Veröffentlichung nicht geeignet.

Serzberg a. d. E. In der Versammlungsanzeige war der Tag nicht angegeben.

Landshut, B., Schriftführer. Den Bericht von der Versammlung, die am 21. Juni getagt hat, sendest Du uns am 5. Juli ein (am 7. erhalten wir ihn); wenn die Sache so wenig Eile hatte, kann der Abdruck wohl ganz unterbleiben.

Oderberg, M. Die Berufsgenossenschaft hat M. 50 „Stempel“ zu zahlen. Da die Berufsgenossenschaft schon angefragt hat, ist die Stelle, wo der Antrag gestellt ist, doch bekannt.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorsitzenden angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 16 A.)

Barmen-Eisfeld. Am 28. Juni starb unser treues Mitglied **Karl Fink** in Barmen im städtischen Krankenhaus an Knochenmarkvergiftung im Alter von 27 Jahren.

Friedberg. Am 26. Juni starb unser Verbandskollege **Wilhelm Dahms** aus Neu-Weidenburg im Alter von 67 Jahren an Magenleiden.

München. Am 3. Juli starb unser Verbandskollege **J. Scheel** im Alter von 50 Jahren an Tuberkulose.

München, Gaidhausen. Am 3. Juli wurde unser Kollege **Halbinger** im Alter von 40 Jahren durch die Straßenbahn überfahren und war sofort tot.

Philippsburg. Am 1. Juli starb unser treuer Verbandskollege **Anton Herr** im Alter von 29 Jahren an der Puderkrankheit.

Schwandorf. Am 24. Juni starb unser treuer Kollege **Josef Buchner** im Alter von 35 Jahren an Lungenerkrankung.

Strasburg i. E. Am 27. Juni starb unser langjähriges Mitglied **Gottfried Weller** im Alter von 53 Jahren an Herzschlag.

Ehre ihrem Andenken!

Mittenwalde. Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist: **Wilhelm Hettwer, Chauffeur** Straße 24, des Kassierers: **Ernst Krüger, Paul Gerhardtstr. 40.** [M. 1,20]

Mensah. Unser Vorsitzender **H. Weiss** wohnt jetzt: **Schiffersstr. 7, 2 Treppen.** [60 A.]

Rötha. Den Kollegen des Zweigvereins zur Kenntnis, daß Beiträge von jetzt ab nur noch der Kassierer, Kollege **Emil Misslitz, Rötha, Marienstraße 134,** entgegennimmt. [M. 1,20] Der Vorstand.

Wilhelm Antkowiak

wird gegeben, nach Hause zu kommen, da der Vater schwer erkrankt ist.

August Kamann, geboren am 3. Mai 1880 zu Gelnstedt, wird gesucht. Es handelt sich um bringende Familienangelegenheiten. Nachricht erteilt [M. 1,20] **K. Wendroth, Gelnstedt, Gr. Rathen 11.**

Paul Dröcher aus Wiedau und **Adam Schaumann** aus Niebergwein, die vom 28. April bis 2. Mai in Salferstadt gearbeitet haben, werden gebeten, ihre Adresse an den Kollegen **Richard Wilke, Salferstadt, Paulstraße 9,** einzufinden. Es handelt sich um Zeugenschaft. [M. 1,80]

Buxtehude.

Sonntag, den 19. Juli, abends 8 Uhr:

50tes Stiftungsfest:

im „Deutschen Hause“, H. Hingst

verbunden mit Verlosung und Bohnenraten.

Die Kollegen von Buxtehude und Umgegend sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Das Komitee.

Düchelsdorf.

Sonntag, den 26. Juli, abends 6 Uhr:

BALL.

Alle Kollegen werden hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 2,40]

Der Vorstand.

Rötha.

Sonntag, den 19. Juli, nachm. 4 Uhr:

Sommer-Vergnügen

bestehend in Konzert und Ball

im Gasthof zu Geschwitz

Die Kollegen und deren Angehörige werden hierzu nochmals freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Das Komitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Freitag, den 10. Juli.

Berlin. (Rabispänner). Abends 8½ Uhr bei Jannasch, Infest. 10.

Sonntag, den 12. Juli.

Belgern. Nachm. 3 Uhr bei Bräutigam. Mitgliebskollegen mitbringen! (Gruppe der Betonarbeiter, Eisenarbeiter, Hilfsarbeiter.) Berlin. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 16. Hintersee. Abends 10 Uhr im „Gasthof zum deutschen Haus“, Bismarck-Str. 2. D. D. Wahl eines Delegierten zum Verbandskongress. Nalla. Nachm. 3 Uhr bei Herrn Hans Höllerich in Werggrau. Referent: Kollege Werner-Höllerich.

Montag, den 13. Juli.

Hof a. d. S. Abends 8 Uhr bei Herrn Bleich für die Rabiste Oberhofen in Oberhofen. Referent: Kollege Werner, Nürnberg.

Dienstag, den 14. Juli.

Liegnitz. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Sehr wichtige Tagesordnung! Abends 6 Uhr im „Einheitsrat“. Wichtige Tagesordnung. Abschließung.

Mittwoch, den 15. Juli.

Berlin. (Gruppe der Rabispänner und Träger). Abends 8½ Uhr bei Jannasch, Infest. 10.

Donnerstag, den 16. Juli.

Glogau. Abends 8½ Uhr.

Grünberg i. Schl. Abends 8½ Uhr in Adams Lokal.

Sonabend, den 18. Juli.

Aken. Abends 8½ Uhr.

Sonntag, den 19. Juli.

Allstedt. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Mitgliebskollegen sind mitzubringen! Fürstenwalde. Nachm. 10 Uhr in der „Philharmonie“.

Polierer.

Mittwoch, den 15. Juli.

Berlin. Abends 8½ Uhr bei Heintze, Dragonerstr. 16. Z. D. Abrechnung vom zweiten Quartal 1908. Ergänzungsvorschläge zum Vorstands und zur Geschäftsleitung. Verbandsangelegenheiten.

Zentral-Krankenkasse der Maurer u.s.w.

Sonntag, den 12. Juli.

Würzburg. In der „Weinen Ode“. (Beitragende fest.) Zehdenick. Nachm. 2 Uhr bei Wapf, Z. D. Bericht von der 16. Generalversammlung. Mitgliebskollegen haben Zutritt.

Dienstag, den 14. Juli.

Weissensee. Abends 8 Uhr im Rosenlokal. Z. D. Abrechnung vom zweiten Quartal. Bericht von der Generalversammlung. Verschiedenes.

Freitag, den 17. Juli.

Spandau. Abends 8½ Uhr bei Grotzsch, Schönwalderstr. 80. Z. D.: Quartalsabrechnung. Verschiedenes.

Sonabend, den 18. Juli.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn. Z. D.: Kassierbericht vom zweiten Quartal Verschiedenes.

Sonntag, den 19. Juli.

Schwerin i. Meckl. Nachm. 10 Uhr, Str. Moor 61. Z. D.: Abrechnung. Berichtigung des Robertages. Familienversicherung.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Vier & Co. in Hamburg.